

Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

65. Jahrgang

Berlin, den 7. Dezember 1927

Nummer 98

Rechenschaftsberichte graphischer Organisationen über das Jahr 1926

Das Berichtsjahr stand im Zeichen einer ungewöhnlichen Krise. Das erleben wir jetzt nicht nur aus den uns vorliegenden Berichten der Buchbinder und der Hilfsarbeiter — der Bericht des Faktorenbundes behandelt diese Frage nicht —, das lassen auch die Berichte aller andern Gewerkschaftsorganisationen und mit ihnen das Jahrbuch 1926 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes klar erkennen. Die mehr als drei Millionen Arbeitslose, die im Jahre 1926 die Arbeitsnachweise füllten, sprechen zudem eine deutliche Sprache. Aber die Krise kam zum Glück nicht überraschend; bereits das letzte Quartal des Vorjahres war mit seinen ansteigenden Arbeitslosenziffern und andern Erscheinungen auf dem Wirtschaftsmarkt ein maßgebender Vorbote, der die Gewerkschaften alle Vorbereitungen treffen ließ. Wenn diese Krise dennoch, bei der Verbundenheit der Gewerkschaften mit der Wirtschaft, nicht ganz spurlos an ihnen vorübergegangen ist, so beweist das bestenfalls, daß zur Entschärfung der gewerkschaftlichen Organisationen wesentlich mehr gehört, als der geringfügige Mitgliederzuzugang, den auch diese Krise, gleich den andern vor ihr, als Spuren hinterlassen hatte. Die im DGB. zusammengeschlossenen Gewerkschaften haben im Berichtsjahr insgesamt 248 514 Mitglieder, gleich 5,9 Proz., verloren und sind damit auf einen Mitgliederbestand von 3 993 931, gegen 4 182 445 im Vorjahre, zurückgegangen. Vergleichen wir aber den heutigen Mitgliederstand gegen den der Vorkriegszeit (1913: 2 573 718 Mitglieder), dann ergibt sich doch aus dieser Schlußrechnung ein gewaltiges Anwachsen der freigestellten Organisationen, die zwar gekemmt, aber dennoch in zäher Arbeit weiter den Boden aufwühlten werden, auf dem eine, den Zeitverhältnissen widersprechende Wirtschaftsform noch immer ein mächtvolles Dasein führt.

Welchen Anteil die graphischen Organisationen an der zähen Aufbauarbeit des gewerkschaftlichen Bollwerkes haben, beweisen einwandfrei die Rechenschaftsberichte der eingangs erwähnten Organisationen, die in einer umfangreichen Arbeit-Aufschluß geben über ihre der Gesamtheit dienende Tätigkeit und über die Maßnahmen und Kämpfe, die in Wahrnehmung der Interessen der Mitglieder notwendig waren und geführt werden mußten.

Der Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands leitete seinen 234. Oktaoverten umfassenden Bericht mit der Feststellung ein: „Das letzte Viertel des Jahres 1925 ließ bereits ahnen, was das Jahr 1926 bringen würde.“ Diese Ahnung hat nicht geirrt. 17,5 Proz. Arbeitslose, 42,2 Proz. Kurzarbeiter und ein Minus von 1105 Mitgliedern dürften wohl als eine hinreichende Bestätigung dieser Ahnung angesehen werden können. Die Arbeitslosenziffer überstieg das ganze Jahr hindurch 10 Proz.; bei Sinauzurechnung der Kurzarbeiter ergibt sich, daß in den ersten neun Monaten stets mehr als die Hälfte aller Mitglieder von teilweiser oder völliger Arbeitslosigkeit betroffen war. Eine Zusammenstellung über den Geschäftsgang in den Betrieben zeigte, daß im Januar nur 6 Proz. der Berufsangehörigen „guten“, 34 Proz. „befriedigenden“ und 60 Proz. „schlechten“ Geschäftsgang hatten. Staatliche Feststellungen ergaben denn auch, daß der Buchbinderverband von allen graphischen Verbänden am schwersten von der Arbeitslosigkeit betroffen war. Er mußte die unveranschuldeten arbeitslosen Opfer dieser jurchtbarsten Wirtschaftskrise über Wasser halten, während die Unternehmer die Situation zur Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auszunutzen versuchten. 452 993,30 M. war die gewaltige Summe, die die Organisation für 464 853 Tage an 12 293 Arbeitslose auszusenden hatte. Für Unterfrüngen insgesamt wurden ausschließlich der Invalidenunterstützung und der Ausgaben für Streiks und Lohnbewegungen 674 576,40 M., das sind 49 Proz. der Einnahmen aus Beiträgen, aufgewendet. Daß die Organisation trotz dieser finanziellen Belastung noch imstande war, für 200 000 Berufsangehörige 150 Lohnbewegungen zu führen und für Streiks und Lohnbewegungen 130 012,23 M. aufzuwenden, zeugt von der Kraft der gewerkschaftlichen Organisation und nicht zuletzt von der eigenen Willensenergie der Organisationsleitung, die selbst in den schwersten Zeiten nicht darauf verzichtet hat, die Rechte der Mitglieder selbst im harten Kampf zu vertreten. Daß diese Lohn- und Tarifkämpfe zu 75 Proz. erfolgreich beendet wer-

den konnten, ist wohl geeignet, das Vorhergesagte noch einmal zu unterstreichen. Interessant für den Konjunkturgeist der Unternehmer ist die Feststellung, daß gegenüber 153 Angriffen und nur 2 Abwehrbewegungen im Jahre 1925 es sich in diesem Jahre um nur 49 Angriffs- und 56 Abwehrbewegungen handelte. Selbstverständlich gaben die letzteren Kämpfe der Abwehr von Verschlechterungen auf dem Lohn- und Tarifgebiete. Es ist zu hoffen, daß der Ausgang dieser Kämpfe in Zukunft für die Unternehmer eine Warnung bleibt.

Entfallen nun die hier geschilderten Vorgänge in der Organisation sowie die aus der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit resultierenden Kämpfe fast reiflos auf das Konto der wirtschaftlichen Krise, so kann das erfreulicherweise von dem Mitgliederzuzugang nicht gesagt werden. Hier waren ganz andre Ursachen maßgebend. Der Buchbinderverband leidet, wie alle Organisationen mit weiblichen Mitgliedern, stark unter der Situation und dem Berufsabgange. Daß sich diese Erscheinungen in Krisenzeiten verstärkt bemerkbar machen, ist ein ganz erklärlicher Vorgang. Was will ein im Jahresdurchschnitt gefeherer Verlust von 4182 Mitgliedern besagen, wenn wir aus dem Bericht erfahren, daß einem Abgang von 15 332 Mitgliedern ein Zugang von 14 227 Mitgliedern gegenübersteht. Diese Ziffern lassen weniger den Mitgliederverlust in die Erscheinung treten, als die für eine Organisation unangenehme Tatsache des Hin- und Zurückflutens der Mitgliedschaften. Darunter leidet natürlich nicht nur der Mitgliederbestand und die Stabilität der Organisation, ein derartiger Zustand zwingt auch zu ständiger Werbearbeit und legt der Organisation die dafür erforderlichen Kosten auf. Die für andre Zwecke gewiß besser verwendet werden könnten. Aber mit diesem Zustand müssen Organisationen mit weiblichen Mitgliedern nun einmal rechnen. Das es so ist, sagt auch der Bericht selbst, in dem es an einer Stelle heißt: „Der hohe Prozentsatz an weiblichen Mitgliedern liegt im Hinblick auf die Ungunst der Verhältnisse einen Rückgang erwarten.“ Damit ist also der Mitgliederverlust auf seine entscheidende Ursache zurückgeführt. Wie sieht es aber nun mit der Entwicklung der beiden Mitgliederarten aus und welche Erwartungen dürfen wir in dieser Hinsicht auf die Zukunft setzen? Leider sind hier die Hoffnungen nicht groß, wenn wir sehen, daß die männlichen Mitglieder seit 1908 von 58 auf 33,9 Proz. zurückgegangen sind, während die weiblichen Mitglieder in demselben Zeitraum von 42 auf 66,1 Proz. gestiegen sind. Zwei Drittel weibliche stellen also einem Drittel männlicher Mitglieder gegenüber; ein Verhältnis, das sich aller Voraussicht nach durch die starke Zunahme der weiblichen Berufsarbeit noch weiter zugunsten der männlichen Mitgliedschaft entwickeln wird.

Eine sehr beachtliche Ergänzung der Mitgliederbewegung ist die Jugendbewegung. Die Werbearbeit auf diesem Gebiete wird leider durch die Zerpfitterung wie im allgemeinen auch hier stark gekemmt. Wenn es dennoch gelungen ist, trotz der politischen und kulturpolitischen Differenzierungen und neben den nicht unbeachtlichen Sportorganisationen die Lehrlingsbewegung auf 6000 Mitglieder (2000 männliche und 4000 weibliche) zu bringen, so ist das ein erfreulicher Erfolg. Im Vordergrund der Jugendarbeit stehen die Bildungsbestrebungen. Zur besseren Durchführung derselben sind verschiednenorts graphische Jugendkartelle gebildet worden. Gewerkschaftliche, berufliche und kulturpolitische Vorträge wechseln mit Wanderungen, Ganztagesreisen und andern Veranstaltungen ab, um die Jugendlichen für die spätere Gemeinschaftsarbeit zu schulen und vorzubereiten. Leider ist es der Organisation im Rahmen des Tarifvertrages bisher nicht gelungen, die Frage der Lehrlingsentschädigung tariflich zu regeln. Die gegenwärtigen Auffassungen der Tarifkontrahenten darüber, ob der Lehrvertrag ein Erziehungs- oder ein Arbeitsvertrag ist, haben eine Verständigung zum Nachteil der Lehrlinge leider unmöglich gemacht. Die Organisation versucht sich durch Erhebungen, über Lehrlingsfragen und deren Auswertung über den aufgezeigten Mangel hinwegzusetzen. Lehrzeit und Lehrlingsstufen sind tariflich festgelegt. — Das Bildungswesen liegt in den Händen der örtlichen Zehntstellen, die teils selbständig, teils in Verbindung mit den Ortsausgüßern ihre Aufgabe erfüllen. Neben der Teilnahme von Einzelmitgliedern an den Kursen der Heimvolkshochschule Tinz und an der Arbeiterakademie in Frankfurt a. M. wurden eine große Anzahl von Kursen und Ver-

anstaltungen abgehalten, die sich eines regen Zuspruchs erfreuten. Als besonders erfreulich wird das rege Interesse der weiblichen Mitglieder an der Bildungsarbeit vermerkt.

Das Tarifvertragswesen sowie die Lohnabkommen werden sowohl zentral, als auch bezirklich und örtlich geregelt. Der Bericht zählt 8 Reichstarife, 4 Bezirksstarife, 31 Ortsstarife und 17 „fremde Tarife“, denen die Arbeiterschaft des Buchbinderverbandes unterstellt ist. Davon unterstehen den Reichstarifen 77,3 Proz., den Bezirksstarifen 4,2 Proz., den örtlichen Tarifen 10 Proz. und den „fremden Tarifen“ 8,5 Proz. der Beschäftigten. Von den letzteren entfallen allein 7 Proz. auf den Buchdrucker-tarif, so daß nur 1,5 Proz. auf die übrigen 16 „fremden Tarife“ entfallen. Erfreulich an dieser für buchdruckerliche Begriffe etwas vielgestaltigen Tarifregelung ist immerhin die Tatsache, daß doch der größere Teil der Beschäftigten, 77,3 Proz., einer reichstariflichen Regelung unterstehen, wobei allerdings auch noch zu berücksichtigen ist, daß darunter eben 8 Reichstarife verstanden werden müssen. Trotz dieser tariflichen Vielgestaltigkeit haben wir aber bei der Besprechung der Lohnbewegungen gesehen, daß die Organisation auch mit diesem weitverzweigten System gute Erfolge zu erzielen wußte.

Für die Zusammenarbeit mit der übrigen Arbeiterschaft des graphischen Gewerbes hat sich auch in diesem Jahre der Graphische Bund als sehr nützlich erwiesen. Alle Fragen von allgemeinerwerblichem Interesse waren hier Gegenstand gemeinsamer Beratungen und wurden immer im besten kameradschaftlichen Sinne erledigt. Daß sich diese guten Beziehungen der vier Verbandsverbände nicht auch nach außen hin auf die Mitgliedschaften abgehoben haben, wird in dem Bericht lebhaft bedauert. Von nur 93 graphischen Kartellen im Jahre 1926, also ein Jahr nach der Gründung des Graphischen Bundes, waren im Berichtsjahre sogar nur noch 45 vorhanden, was auf das Fehlen des „richtigen Verständnisses eines solidarisches Zusammenarbeitens“ zurückgeführt wird. „Aus einer Reihe von Orten wurde berichtet, daß früher graphische Kartelle bestanden hätten, ihr Eingehen aber infolgedessen auf das mangelnde Interesse der Buchdrucker an dem Zusammenwirken der Ortsgruppen zurückzuführen sei.“ Der Verbandsvorstand der Buchbinder macht sich diesen Vorwurf nicht zu eigen und sagt an einer andern Stelle: „Inwiefern dürfte feststehen, daß eine erhebliche Verminderung des Willens vorhanden ist, der Förderung zur Schaffung eines Industrieverbandes für die graphischen Berufe von unten her zu dienen. Das wird die Idee des Zusammenflusses allerdings nicht nur nicht stützen, sondern ihr abträglich sein.“ — Über den Rahmen der deutschen graphischen Arbeiterschaft hinaus gehört der Buchbinderverband der Internationalen Buchbinderföderation (Sib Verb) an. Dieser waren 16 Berufsverbände mit 83 445 Mitgliedern angeschlossen. Zwei weitere Berufsverbände, Luxemburg und Spanien, sind im Berichtsjahre der Föderation beigetreten.

Aus dem Gesamtbericht ist also zu ersehen, daß sich der Buchbinderverband mit Erfolg gegen die ihm durch die Nachkriegszeit und die Inflation zugefügten Schäden gewehrt hat und sich auf dem erfreulichen Wege des völligen Wiederaufbaues befindet.

Der Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands hat seinem Bericht sechs Abbildungen von den auf der „Gefolci“ ausgestellten Schauobjekten vorangestellt, wodurch die Erinnerung an diese vom Graphischen Bund gemeinsam unternommene Ausstellung sehr wirkungsvoll für die Zukunft festgehalten wird. Der Bericht über das Geschäftsjahr 1926 selbst ist in seinen Grundzügen dem des Buchbinderverbandes außerordentlich ähnlich. Hier derselben Erscheinungen wie dort. Krise, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Mitgliederzuzug; nur in einer Beziehung haben die Hilfsarbeiter glücklicher abgeschnitten, sie konnten trotz aller Erschwernisse ihr Verbandsvermögen von 618 248 M. im Jahre 1925 auf 1 130 784 M. im Jahre 1926 steigern. Das ist, unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse des Jahres 1926, eine gewiß erfreuliche Tatsache. Der Hilfsarbeiterverband gehört gleich dem Buchbinderverband zu den Organisationen, denen auch weibliche Mitglieder angehören, und war demzufolge ebenfalls größeren Schwankungen in seinem Mitgliederbestand ausgesetzt.

Die Arbeitslosigkeit stieg von 3,1 Proz. im Oktober 1925 auf 6,8 Proz. bis zum Jahreschluss und stieg dann weiter über 9 Proz. am Anfang des Jahres 1926 auf 10,1 Proz. im Mai 1926. Damit war der Höchststand der Arbeitslosigkeit erreicht. Inerhalb geblieben ist aber die *Kurzarbeit*, die neben der Arbeitslosigkeit nicht unerheblich auf der Organisation und den Mitgliedern gelastet hat und, wie der Bericht hervorhebt, mit dazu beigetragen hat, das Unternehmertum in seinem Machtbewußtsein zu stärken. Daß diese ungünstige Arbeitsmarktlage sich auch ungünstig auf den Mitgliederbestand auswirken mußte, war vorauszusehen. Gegenüber einem Mitgliedererwerb von 4608 Mitgliedern im Vorjahre brachten die ersten drei Quartale des Berichtsjahres einen Verlust von 1907 Mitgliedern, der dann allerdings im vierten Quartal durch eine Zunahme von 627 Mitgliedern wieder eine erfreuliche Milderung erfuhr. Zimmerhin bleibt noch ein Verlust von 1380 Mitgliedern gleich 3,6 Proz., bestehen, an dem die weiblichen mit 1271 gleich 3,4 Proz., die männlichen mit 89 gleich 0,2 Proz. beteiligt sind. Der Mitgliederbestand beträgt also am Jahreschluss 36 433 Mitglieder, davon 12 737 gleich 35 Proz. männlich und 23 696 gleich 65 Proz. weibliche Mitglieder. Das Verhältnis der männlichen zu den weiblichen Mitgliedern ist also auch hier wie ein zu zwei Drittel und unterliegt derselben vorausfristlichen Entwicklung wie in andern, ähnlich zusammengesetzten Organisationen.

Der *Kassenbestand* hat sich, wie schon erwähnt, von 648 248 M. im Vorjahre auf 1 130 784 M. erhöht. Diese Erhöhung trotz des Mitgliederverlustes findet ihre Erklärung in der geringeren Ausgabe für Wirtschaftskämpfe. Ein Mitgliederverlust muß naturgemäß eine Mindereinnahme an Beiträgen im Gefolge haben, und so stellt der Bericht denn auch fest, daß die Zahl der Beiträge gegenüber dem Vorjahre um 184 780 M. die durchschnittliche Beitragsleistung von 46,5 Beiträgen auf 41,6 zurückgegangen ist. Dennoch schließt der Kassenbericht mit einem Überschuß von 482 537 M., wodurch sich gleichzeitig das Kapitalvermögen von 17,15 M. im Vorjahre (1925) auf 31,04 M. erhöht hatte.

In organisatorischer Hinsicht werden die Verhandlungen über den *Mantel- und den Lohnstarif* vom Februar dieses Jahres ausführlich erwähnt, über die seinerzeit an dieser Stelle berichtet worden ist. Die Zusammenarbeit der Verbandsvorstände im Graphischen Bund wird auch von den Hilfsarbeitern als eine gute bezeichnet. Übereinstimmend beklagen die Redaktionen beider Organisationen die mangelnde Mitarbeit ihrer Kollegen an den Verbandsorganen. Mit Recht sagt der Bericht der Hilfsarbeiterorganisation z. B. bezüglich der Mantel- und Lohnstarifverhandlungen: „... und doch wäre es gut gewesen, schon im den Schein einer einseitigen Behandlung dieser Frage nicht aufkommen zu lassen, wenn sich dazu mehr Kollegen und Kolleginnen zum Wort gemeldet hätten.“ Der *Verbandsvorstand* des Buchbinders hat sogar, um den Mangel an Mitarbeitern aus dem Berufe zu beheben, ein Rundschreiben an die Angestellten mit einer diesbezüglichen Aufforderung erlassen, mußte aber resigniert feststellen: „Ein Rundschreiben an unsre Angestellten, das diesen Mangel beheben sollte, hat ein Resultat nicht gebracht.“ Eine Besserung in dieser Beziehung wäre gewiß im Interesse der Gesamtorganisation zu begrüßen. Abgesehen von diesem gemeinsamen Schmerz beider Organisationen möchten wir immerhin sagen, daß wir einschließlich unsres dichten Vertikals mit der organisatorischen Entwicklung im graphischen Gewerbe zufrieden sein können und trotz gelegentlicher kleiner Rückschläge unvergessend weiter an der Besserung der Verhältnisse in unserm Gewerbe arbeiten können.

Der *Deutsche Faktorenbund* hat für 1926 einen Bericht herausgegeben, der an Dürftigkeit oder Bescheidenheit kaum noch übertraffen werden kann. Auf nur vier Quartseiten sagt er seinen Mitgliedern alles, was das Vereseben bewege. Er beginnt mit der Aufzählung der Unterstützungseinrichtungen und endet mit den Mitteln, um über die *Knappschußnahme* derselben; hier liegt die einzige erkennbare positive Arbeit des Faktorenbundes, der sich damit ausschließlich als Unterstützungsverein legitimiert. Niemand im graphischen Gewerbe hat den Deutschen Faktorenbund allerdings auch als etwas anderes angesehen. Er ist ein außerhalb der modernen Arbeiterbewegung heraufgeborener Verein von 3656 Mitgliedern, von denen sich der größte Teil mit Händen und Füßen dagegen sträubt, durch Anschluß an eine freigewerkschaftliche Spitzenorganisation in die gemeinsame Kampfpfort der Angestellten geschweige noch der Arbeiterschaft eingereicht zu werden. Sie beklagen, wie es noch in der Nr. 33 der „Graphischen Welt“ zum Ausdruck kommt, daß das kleine Häuflein von Faktoren in der großen Masse keine Rolle spielen würde. Als ob sie zurzeit als Eigenbrötler und Außenseiter eine Rolle spielten! Sie fürchten, daß der Faktorenbund dem Zusammenbruch verfallt, wenn er sich einer Spitzenorganisation anschließt und glauben, nach dem Artikel in genannter Nummer, den gefunden Menschenverstand auf ihrer Seite zu haben, wenn sie sich auch weiterhin dagegen sträuben. Sie opfern selbst die in dem Bericht hervorgehobenen internationalen Beziehungen, indem der Artikelverfasser sagt: „Anschluß an die IFA. Dann wollen wir lieber... die Internationale Faktorenunion von der Tagesordnung absehen.“ Gemeinsam mit den Unternehmern wollen die Faktoren als „Persönlichkeiten“, unabhängig von einer Spitzenorganisation, ihr Ziel erreichen. Da ist es denn kein Wunder, daß den Faktoren sowohl in Hinsicht auf eine zentrale und bessere Gefaltsregelung wie in allen andern

Fragen von Seiten des Deutschen Buchdrucker-Vereins der *Stuhl* vor die Tür gesetzt worden ist und die diesjährige Hauptversammlung des DBV, es ablehnte, eine Verpflichtung zur Benutzung des Stellennachweises des Faktorenbundes anzuerkennen. Denkende Faktoren, die sich noch ein stärkeres Rückgrat aus ihrer Gehilfenzeit bewahrt haben, sollten sich etwas ernsthafter gegen solch untertänige Gesinnung zur Wehr setzen. Denn was der heutige Faktorenbund gegenüber dem Unternehmertum in unserm Gewerbe bedeutet, das sagt der Bericht sehr deutlich, indem seine sozial- und gewerbpolitischen Forderungen mit dem *Soufflé* ausklingen: „Leider können wir nur hoffen, denn ein Recht, zu fordern, haben wir nicht!“ Das ist das unvermeidliche Schicksal derer, die sich auf den Standpunkt der Harmonieulden stellen und an Unternehmereigenschaften glauben, die ein aufrechter Arbeiter oder Angestellter schon längst als verfehlt erkannt hat.

Die Not der Invaliden

Unter dieser Überschrift soll hiermit ein Thema behandelt werden, über das man im „Korr.“ selten oder nie etwas liest (außer einem sehr treffenden Artikel des Kollegen Gruber [München] vom 3. August d. J., Nr. 62 des „Korr.“). Als ob es keine Not oder überhaupt keine Invaliden gäbe. Leider gibt es aber beides. Und deshalb müssen wir uns damit beschäftigen. In den Tageszeitungen liest man fortwährend von Lohnbewegungen der verschiedensten Berufe, weil die bisherigen Löhne bei der fortwährenden Preissteigerung aller Verbrauchsgegenstände (einschließlich Wohnmiete) nicht mehr ausreichen, die notwendigen Ausgaben zu decken. Auch im „Korr.“ liest man dergleichen.

Wenn nun aber die *Arbeitslöhne* zu niedrig sind, um davon den Lebensunterhalt zu bestreiten, wie sollen dies dann die Sozialrenten bzw. Invaliden imstande sein, die bei ihrem viel niedrigeren Einkommen ebenfalls diese hohen Preise bezahlen müssen. Am hier einen kleinen Ausglick zu schaffen, hatten die Buchdruckerinvaliden Breslaus beim Hauptvorstand angeregt, allen Verbandsinvaliden wenigstens anläßlich des Weihnachtstages eine Extrazustellung zukommen zu lassen, deren Kosten eventuell durch Erhebung eines Extrabeitrages zu decken wären, was jedoch in einem Antwortschreiben abgelehnt wurde. Angewöhnliche Verhältnisse erfordern eben außerordentliche Maßnahmen. Hätte der letzte Verbandstag eine solche Preissteigerung vorausgesehen, dann hätte er sich sicherlich mit Bezug auf die Invaliden nicht bis zum Jahre 1926 festgelegt und diese Frage etwas wohlwollender behandelt. Bezüglich der Beköstigung ein bedeutend höheres Kostgeld, als die Unterstützung der alten Arbeitsveteranen beträgt. *Wohlwollend* könnte der Hauptvorstand diesen Beschluß durch Umfrage bei den *Gauvorständen*, einer vorläufigen Korrektur unterziehen. Es wird gesagt, wir gäßen sowieso die höchsten Unterstützungen. Ja, zahlen wir nicht auch viel höhere Beiträge als die andern Gewerkschaften? Man hat ja die Löhne auch nicht auf so lange Sicht festgelegt und sucht immer wieder durch zwischenstarifliche Wölungen neuen Preissteigerungen zu begegnen. Man hätte vielleicht auch sagen können, daß bei jeder Lohnerhöhung auch eine kleine Beitragserhöhung zugunsten der Invaliden eintritt, welcher Selbstverständlichkeit sich wohl kein vernünftiger Kollege widersetzen würde. Denn der in Arbeit Stehende kann doch viel leichter 5 oder 10 Pfennige wöchentlich entbehren (bei Lohnerhöhungen), als der fortwährend auf niedrige Einkommen angewiesene Invalide der Teuerung folgen kann. Was nützt dem alten Arbeiter bei Jubiläum oder andern Gelegenheiten ein frommer Wunsch auf einen langen und sorgenfreien Lebensabend, wenn er mit solch knappen Mitteln sein Leben fristen muß. Wenn dem Arbeiter die notwendige Lohnzulage verweigert wird, dann erkämpft er sich das, was man ihm vorenthält, was die Invaliden früher ja auch getan haben. Aber jetzt sind sie abgekämpft, wehrlos; auch fühlen sie, daß es das Beste wäre, wenn sie den Staub dieses herrlichen Erdenlebens von ihren Pantoffeln schütteln und sich eine „andere Kunst“ suchen würden.

Der *Verbandsvorstand* schreibt, wenn die Invaliden eine Erhöhung bzw. eine Extrazustellung erfahren, müßten die andern Unterstützungsempfänger daselbst erhalten. Das ist aber ein falscher *Schlus*. Der Erwerbstose oder Kranke erleidet doch nur vorübergehend eine Verminderung seines Einkommens, und indem er neben der Verbandsunterstützung noch von irgendeiner Krankentafel oder Erwerbstosenunterstützung bezieht, hat er während dieser Zeit immer noch eine höhere Einnahme als der Invalide ständig. Wenn ferner betont wird, daß der letzte Verbandstag auch einen Sonderunterstützung entgegenstehenden Beschluß gefaßt und alle andern Verbände daselbst getan hätten, so ist dem eben wiederum entgegenzuhalten, daß der Verbandstag sicher eine solche Entwicklung nicht voraussaß, und die andern Gewerkschaften, die wohl immer neidisch auf unsre vorbildlichen Verbandseinrichtungen waren, die jetzt noch bemüht sind, unsern Unterstützungseinrichtungen nachzujinken, scheinen einen zu großen Vorsprung vor ihnen zu befürchten, wenn Sonderunterstützungen gewährt würden; das sind wohl aber bloß die Gewerkschaften, die uns zur Zeit des Sozialistengesetzes als „Königlich Preussischer Gewerksverein“ verlästert und begelert haben, als wir ihnen nicht schatz genug waren.

Doch zurück zur Überschrift! Daß die Not aller Invaliden, nicht nur an einem Orte, sehr groß ist, stellt jedenfalls fest. Wenn es nun dem *Verbandsvorstand* nicht möglich sein sollte,

hier irgendeinen Ausweg zu finden (man sagt zwar oft: Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg), so erwarten wir mindestens, daß eine etwa vorzeitig notwendig werdende *Gauvorstellertkonferenz* sich mit dieser Materie ernstlich beschäftigt und einen für die Jubiläen günstigeren Beschluß herbeiführt. Vielleicht äußern sich auch einmal Invaliden anderer Orte zu diesem Thema.

Breslau.

D. Sfir.

Beim Durchlesen des „Korr.“ habe ich mich schon manchmal gewundert, daß sich meine Leidensgenossen unter den Invaliden (es sind doch gewiß noch manche, die ihre Gedanken besser zu Worte bringen können als ich) sich so schweigend verhalten. Wenn auch die Unterstützung im Oktober 1926 erhöht worden ist, so sind doch vielfach die Zuschüsse herabgesetzt worden. Nun sind die Wohnmieten um 20 Proz., außer der sonstigen Lebensunterhaltung, die ja jeder, auch Invaliden, tragen muß, gestiegen. Der *Tarifpensionslohn* ist in diesem Jahre insgesamt um 4,50 M. erhöht worden. Mein *Vorjahr* geht nun dahin, daß bei jeder tariflichen Lohnerhöhung von der prozentualen Erhöhung des Tariflohnes eine dementsprechende prozentuale Abgabe zum Besten der Invalidenunterstützung abzugeben wird. Ich weiß, daß jetzt dieser Vorjahr nur erst *provisorisch* sein kann, weil dazu ein *Verbandsstagsbeschluß* nötig ist. Oder sollte der Wunsch, den Kollege Grafmann auf der vorjährigen Jubiläumsversammlung in Berlin getan hat: „Bei einer Beitragserhöhung schimpfen sie, aber zahlen tun sie doch!“, ein leerer Schall gewesen sein?

Samburg.

Tettje.

Anmerkung der Schriftleitung: Zweifellos gehören die Verfasser der beiden vorstehenden Artikel zu jenen invaliden Kollegen, die nur auf die Reichsinvalidenrente und auf die Invalidenunterstützung des Verbandes angewiesen sind und sonst keinerlei Zuschuß mehr erhalten. In solchem Falle sind die betreffenden Kollegen gewiß sehr übel dran und verdienen besondere Beachtung und Hilfe der Kollegenchaft, was seitens der Gawe, Bezirke und Mitgliedschaften fast durchweg auch in anerkannter Weise herriedlich wird. Im allgemeinen sind aber solche Notwendigkeiten glücklicherweise sehr seltene Ausnahmen, wie der Hauptverfasser unter Unterstützungsweßens an Hand seiner fortgeführten Nachprüfungen bisher feststellen konnte. Ein großer Teil untrer invaliden Kollegen bezieht außer der Reichs- und Verbandsunterstützung noch die sogenannte Sozialrente, die in vielen Fällen die Bezüge der betreffenden Invaliden dem Einkommen eines zum tariflichen Minimum entlohnten und arbeitenden Kollegen wesentlich nähert. Sowie nun ein invalider Kollege noch eine: *Familien- und* *Unterstützung* hat, *hat* *er* *schon* *schwerer* *zu* *kämpfen*. *Aber* *auch* *diese* *Fälle* *kommen* *gerade* *unter* *unsern* *invaliden* *Kollegen* *nur* *selten* *vor*. *Der* *größte* *Teil* *untrer* *Invaliden* *besteht* *sich* *sowohl* *in* *größeren* *wie* *in* *kleineren* *Druckorten* *in* *Lebensverhältnissen*, *die* *eine* *allgemeine* *Erhöhung* *der* *Verbandsunterstützung* *nicht* *erfordern* *und* *von* *diesen* *auch* *nicht* *verlangt* *wird*, *weil* *sie* *anerkennen*, *daß* *eine* *solche* *ohne* *Erhöhung* *des* *Verbandsbeitrages* *nicht* *gewährt* *werden* *kann*. *Die* *Invalidenunterstützung* *steht* *für* *den* *Verband* *wie* *kein* *ander* *Unterstützungsweg* *eine* *dauernd* *liegende* *Belastung* *dar*, *die* *nur* *durchgeführt* *und* *budgetgehalten* *werden* *kann*, *wenn* *der* *dafür* *angelegte* *Beitragsanteil* *nicht* *überschritten* *wird*. *Denn* *auf* *die* *Beitragsbelastung* *der* *berufstätigen* *Kollegen* *ist* *eine* *Angelegenheit*, *die* *mit* *besonderer* *Rücksicht* *auf* *die* *nur* *zum* *Tariflohn* *oder* *wenig* *darüber* *entlohnten* *Kollegen* *beurteilt* *werden* *muß*. *Ein* *großer* *Teil* *der* *letzteren* *hat* *nach* *Abzug* *der* *Steuern* *und* *Beiträgen* *für* *Sozialversicherung*, *Verband* *usw.* *oft* *kaum* *ein* *höheres* *Einkommen* *als* *ein* *großer* *Teil* *der* *Invaliden*. *Daß* *die* *arbeitenden* *Kollegen* *außerdem* *noch* *viele* *andere* *notwendigen* *Ausgaben* *haben*, *die* *für* *die* *meisten* *Invaliden* *nicht* *in* *Betracht* *kommen*, *darf* *auch* *nicht* *übersehen* *werden*. *Es* *ist* *daher* *nicht* *der* *Mangel* *eines* *guten* *Willens*, *der* *den* *Verbandsvorstand* *davon* *abhält*, *in* *der* *Frage* *der* *Invalidenunterstützung* *über* *die* *diesbezüglichen* *Beschlüsse* *des* *letzten* *Verbandstages* *hinauszugehen*, *sondern* *neben* *der* *Beachtung* *dieser* *Beschlüsse* *auch* *die* *Berücksichtigung* *jenes* *Teiles* *der* *Kollegenchaft*, *der* *für* *etwaige* *weitere* *Rakten* *auf* *dem* *Unterstützungsgebiete* *aufzukommen* *hätte* *und* *nicht* *so* *ohne* *weiteres*, *wie* *es* *die* *Artikelverfasser* *annehmen*, *dazu* *in* *der* *Lage* *sind*. *Die* *darüber* *hinauszugehenden* *Gründe*, *die* *mehr* *auf* *rein* *gewerkschaftlichem* *Gebiete* *liegen*, *können* *an* *dieser* *Stelle* *nicht* *erörtert* *werden*.

Das Buchgewerbe im Ausland

Ungarn. Die *Ungarische Universitätsbuchdruckerei* in Budapest beging vor kurzem das Jubiläum ihres 350 jährigen Bestehens durch die Herausgabe eines *Prachthandes*, der die *wesentlichsten* *Schicksale* *dieses* *Kunsts* *und* *Kulturinstituts*, *gleich* *wie* *die* *ungarische* *Bildungsgeschichte* *aus* *dreieinhalb* *Jahrhunderten* *umfaßt*. *Die* *Anfänge* *der* *Universitätsbuchdruckerei* *reichen* *in* *des* *stürmisch* *bewegte* *16. Jahrhundert* *zurück*, *als* *die* *Reformation* *den* *Geist* *der* *freien* *Forschung* *nach* *Ungarn* *verpflanzte*, *aber* *auch* *die* *Kluft* *der* *nationalen* *Zweitraft* *in* *dem* *unglücklichsten*, *in* *drei* *Teile* *gerissenen* *Land* *vertiefte*. *Gutenbergs* *weltumformende* *Erfindung* *hätte* *schon* *der* *Prophet* *von* *Buda*, *Wizslansker* *Ladislaus* *Karoly*, *unter* *der* *Regierung* *von* *Matthias* *Corvinus*,

im Jahre 1470 nach Ungarn gebracht. Das erste ungarische Presseprodukt, die Chronica Hungarorum, datiert aus dem Jahre 1473. Anlässlich des Jubiläums veranstaltete die Universitätsbuchdruckerei im Nationalmuseum eine interessante und lehrreiche Ausstellung, die die Erzeugnisse der Kunst von 1377 an bis zur Gegenwart systematisch geordnet umfaßt.

Schweden. Aus einer öffentlichen Statistik über die schwedischen Buchdruckereien für 1925 geben folgende Angaben ein Bild von der Entwicklung des Gewerbes: die Zahl der Buchdruckereien betrug 502 mit 10 220 Arbeitern, eine Zunahme von 14 Druckereien mit 306 Arbeitern seit dem Vorjahre. Hierzu ist zu bemerken, daß die Statistik nicht die 450 bis 500 Kleinbetriebe mit höchstens vier Arbeitern umfaßt. In der Arbeiterzahl sind auch Faktoren und Kontorpersonal nicht einbezogen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen betrug 699; sie ist auch im Berichtsjahr noch weiter heruntergegangen, eine Folge des Wettes gegen die Nacharbeit der Frauen. Die Zahl der minderjährigen Arbeiter betrug 1236 oder 12,1 Proz. Gegen das Vorjahr bedeutet das eine ganz geringe Steigerung; im ganzen hat der Anteil der Minderjährigen jedoch mehr und mehr abgenommen. Bemerkenswert ist, daß über zwei Fünftel der schwedischen Buchdruckereiarbeiter in Stockholm beschäftigt sind.

Norwegen. Die 10. Landesversammlung des norwegischen Verbandes findet am 26. März 1928 und folgende Tage statt. — Ein recht ausgiebiger Meinungsaustausch nimmt zurzeit erheblichen Raum im Verbandsorgan in Anspruch. Die Maschinensetzerpartei hat nämlich ihren Mitgliedern anheimgestellt, nicht an der Aulernung von Maschinensetzern mitzuwirken. Da nun sehr viele Handsetzer arbeitslos sind, jedoch immer neue Maschinen aufgestellt werden, so verlangen die Handsetzer die Aufhebung obgenannter Verbots, indem sie fordern, daß bei Bedarf Handsetzer am Ort ausgebildet werden, ehe man Maschinensetzer vom andern Ende des Landes heranzieht. In ihrer Auffassung werden die Handsetzer gestützt durch die geringe Anzahl von ledigen Maschinensetzern. — Als Zeichen für die Sportfreudigkeit der Scandinavier mag es gelten, daß jetzt auch in Oslo, wie schon früher in mehreren schwedischen Ortsgruppen, ein graphischer Sportklub gegründet wurde. Fußballstämpfe und Stimmkäufe haben schon wiederholt zwischen einzelnen Druckerpersonalen oder innerhalb des Wanderkubs „Gutenberg“ stattgefunden.

Polen. Über die Arbeitsbedingungen in Warschau Druckerien veranstaltete die jüdische Sektion des polnischen Buchdruckerverbandes eine Erhebung, die insgesamt 102 Betriebe und 354 Arbeiter umfaßt. Jeder Arbeiter wurde durch den Verbandsfunktionär persönlich befragt. Die Ergebnisse der Befragung waren einträubel, schlaglicht auf die Warschauer jüdischen Druckereien, die ja meist arbeitslose Querschnitte sind. Von den 354 erfassten Personen waren 139 Lehrlinge und ähnliche „Wärdenträger“. Nach Altersgruppen geordnet ergab die befragte Personenzahl folgendes Bild: 70 waren noch keine 16 Jahre alt, 93 standen im Alter von 16 bis 18 Jahren, 137 zählten 18 bis 25 Jahre und 54 waren über 25 Jahre alt. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß in diesen Kunsttempeln meist Jugendliche ausbeutet werden. Als Buchdrucker von Beruf sind nur 82 anzupreisen, denn sie arbeiten als solche über sechs Jahre. Der Rest ist hin- und herfließendes Element. Über ein Drittel der Gesamtzahl (130) stammt aus der Provinz. Die Löhne der Befragten waren folgende: 12 arbeiten ohne jedes Entgelt, 70 er-

halten 1 bis 10 Sloty pro Woche, 78 verdienen 11 bis 20 Sloty, 63 werden mit 21 bis 30 Sloty entlohnt, 35 gehen mit 31 bis 40 Sloty nach Hause, 28 kommen auf 41 bis 50 Sloty, 15 erreichen 51 bis 60 Sloty, 18 sind mit 61 bis 70 Sloty zufriedener und 35 haben einen Wochenlohn von über 70 Sloty. Da der Sloty noch inflationstrakt ist und sein Wert statt 80 bestenfalls 50 Pf. beträgt, so kann man die Löhne mit voller Berechtigung als wahre Zammerlöhne bezeichnen. Nicht viel besser ist es mit der Arbeitszeit bestellt. Die Erhebung stellt fest, daß 95 Arbeiter ständig über acht Stunden arbeiten. Die Krankenversicherung hat noch sehr wenig Anhänger gefunden, im ganzen nur 66. Die Ferien kommen nur 52 Arbeitern zugute. Schuld daran ist das diesbezügliche Gesetz, wonach nur Betriebe mit über fünf Arbeitern Ferien gewähren müssen. Auf diese Weise

Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Otto Laßmann in Braunschweig
Eingetreten: 9. Dezember 1877 in Braunschweig
Waltenshaus-Buchdruckerei



gehen in Warschau Zehntausende von Arbeitern der Ferien nicht nur verlustig, sondern sie dürfen fortan kein Gesetz gar nicht bekommen.

Rußland. Nach dem langjährigen wirtschaftlichen Stillstand der erst im Jahre 1926 abflaute, begann für das russische graphische Gewerbe eine langsame Wiedergeburt zu geben. Um der katastrophalen Arbeitslosigkeit Einhalt zu gebieten, mußte im Laufe des letzten Jahres die Kurzarbeit immer mehr eingeführt werden. In Moskau und Leningrad blieb davon keine Druckerei verschont. Viele Betriebe mußten überhaupt geschlossen werden. Vom August 1926 bis März 1927 erreichte die Kurzarbeit ihren Gipfelpunkt. Im Frühjahr trat der Wendepunkt zum Besseren ein. In Leningrad z. B. wurden im Oktober 1926 in 11 Großbetrieben mit 5014 Arbeitern 1314 Kurzarbeiter gezählt. In manchen Druckereien wurden bis 37 Proz. des Personals

von der Kurzarbeit betroffen, deren Dauer zwei bis drei Tage in der Woche betrug. Jetzt kann man sagen, daß in den beiden Hauptstädten des Landes die Kurzarbeit fast überwunden ist. Die Nachfrage nach Arbeitskräften beginnt wieder zu steigen. In der Provinz dagegen ist noch wenig davon zu spüren. Das wird damit erklärt, daß infolge Aufhebung der privaten Vermittlungsbureaus die Druckaufträge aus den zwei Hauptstädten nicht mehr in die billiger arbeitende Provinz gehen. Trotz der Belebung des Arbeitsmarktes ist in den ersten zehn Monaten des laufenden Jahres die Zahl der Arbeitslosen weiter gestiegen, und zwar von 18 936 auf 22 000. Das ist eine ganz ansehnliche Ziffer. Als Ursache dieser Erscheinung wird angeführt: magerer Auftragsbestand, Rückkehr zur vollen Arbeitszeit, Einführung von arbeitsparenden Maschinen, ordnungswidrige Einstellung von Arbeitskräften. Besseres ist so zu verstehen, daß die Betriebsleitungen nicht nur durch den Arbeitsnachweis, sondern auch selbständig Ausschlußkräfte einstellen, daraus die tüchtigen für dauernde Konditionen ausfinden und die überflüssigen wieder laufen lassen. Es steht zu befürchten, daß man der Kurzarbeit wieder eine breitere Grundlage wird einräumen müssen. Die Arbeitslosenunterstützung beträgt 21 Rubel monatlich für die erste Mittelsgruppe, 10½ Rubel für die vierte (die letzte) Gruppe. Die Dauer der Unterstützung beträgt zwei Jahre. Die Löhne sind im letzten Jahre nur um 1,1 Proz. gestiegen. Wie sich die Löhne des Buchgewerbes zu denen der andern Arbeitergruppen verhalten, zeigt nachfolgende Aufstellung. Es verdienen pro Monat (in Rubel):

	2. Halbjahr 1925	1926	mehr in Proz.
Metallarbeiter	59,86	67,89	13,1
Bergarbeiter	50,00	56,16	12,3
Legilarbeiter	43,29	50,09	15,7
Chemiearbeiter	51,88	58,36	12,5
Nahrungsmittelarbeiter	63,16	68,72	4,1
Lebendarbeiter	66,02	75,33	14,1
Holzarbeiter	51,80	58,95	4,2
Eisenbahner	59,12	67,44	14,1
Buchdrucker	76,12	76,92	1,1

In laufenden Jahre sind die Löhne zwar weiter gestiegen, jedoch wieder nur um ein geringes. Es wird im allgemeinen danach gestrebt, die Löhne aller Industriearbeiter einander nach Möglichkeit anzugleichen. — Der Moskauer polygraphische Trust hat in letzter Zeit eine Reihe von Untersuchungen über die Verhältnisse in den ihm unterstellten Betrieben durchgeführt. Die eine Untersuchung betraf den Leerlauf graphischer Maschinen. Dieser Leerlauf ist zwar mehr oder weniger in allen Druckereien anzutreffen, stellenweise erreicht er aber, wie es in dem diesbezüglichen Bericht heißt, wahrhaft schwindelerregende Ziffern. Während sonst die arbeitslose Zeit für jede Maschine durchschnittlich den zehnten Teil des Arbeitslages ausmacht, betrug sie z. B. in der fünften Druckerei im Juli 35 Proz., im August 22 Proz. Die sechste Druckerei verlor über 36,1 Proz. vom Oktober bis Mai, 39,5 Proz. vom Juni bis August. In der siebenten Druckerei betrug der Zeitverlust der Rotationsmaschine 45,7 Proz. Durch diese Zeitverluste hatte die fünfte Druckerei bei 20 000 Rubel Umsatz nicht weniger als 9500 Rubel Minderertrag. Die Zeitvergeudung wird hervorgerufen vor allem durch die schlechte Beschaffenheit der durch den Trust gelieferten Farbe. Sie muß in den Druckereien erst „chemisiert“ werden, d. h. der Drucker muß sie erst mit allerlei Zutaten vermischen, um sie druckfertig zu machen. Daß die Mischung nicht jedem Drucker gelingt, ist klar. Das ebenfalls mangel-

Zur Ausbreitung der Influenza

Es gibt keine andre Krankheit, welche eine so außerordentliche Ausbreitung annehmen kann, wie die Influenza. Schon bei den älteren Epidemien wurde in manchen Orten bis zu vier Fünftel der Bevölkerung als erkrankt angegeben; so sollen z. B. 1782 in Petersburg gleich zu Anfang 40 000, in Königsberg täglich 1000 Personen erkrankt sein. Schätzungsweise kann man bei Influenzaepidemien etwa 40 bis 50 Proz. der Bevölkerung als erkrankt annehmen. Eine genaue Ziffer anzugeben ist unmöglich, weil die meisten Fälle nicht in ärztliche Behandlung kommen.

Die Influenza tritt unter verschiedenartigen Bildern und in mannigfacher Form auf. Dazu kommt noch, daß diese verschiedenartigen Erscheinungen häufig kombiniert sind. Man unterscheidet eine katarthale Form, welche mit Schnupfen, Kehlkopf-, Luftröhren- und Blinddarmkatarth sowie Mandelentzündung einhergeht, und welche sich vom gewöhnlichen fieberhaften Schnupfen und Bronchialkatarth durch schweres Krankheitsgefühl und Gliederschmerzen auszeichnet; ferner kennt man eine rein toxische Form mit schweren allgemeinen Krankheitserscheinungen, Atemnot, leichter Gelbsucht und Erscheinungen von Seiten der Hirnhäute. Die rheumatoide Form macht sich durch Muskel- und Gelenkschmerzen kenntlich, die nervös-gerbrale Form geht einher mit Wahnvorstellungen und Benommenheit, mit Neuralgien und zeigt häufig Übergänge zur Hirnhautentzündung. Ein andres Krankheitsbild ist dasjenige, welches seinen Ausbruch findet in Appetitlosigkeit, Erbrechen und Durchfällen. Die praktisch wichtigste Form ist die reine Influenzalungenentzündung. Schließlich wird auch gar nicht selten eine chronische Influenza beobachtet mit verzögerter Genesung, langanhaltender Sinnschwäche, Appetitlosigkeit, Nachtschweiß, Schlaflosigkeit und rascher Ermüdbarkeit.

Unter den bevölkerten Ländern sind alle Zonen vertreten. Die kälteren Landstriche beteiligen sich zwar öfter, aber die tropischen sind nicht ausgenommen. Man kann auch nicht sagen, daß die Influenzaerkrankung nur zu einer bestimmten Jahreszeit auftritt. Ein Teil der Beobachtungen weist auf die Übergangszeit Frühjahr und Herbst hin, andre Erfahrungen lehren aber auch, daß im Winter und in den heißen Jahreszeiten eine Influenzaepidemie ausbricht. Nur, wenn die Krankheit endemisch, d. h. örtlich beschränkter Charakter hatte, konnte man feststellen, daß das Auftreten in der zweiten Winterhälfte und im Frühjahr am größten, im Sommer am geringsten ist. Diese Beobachtung findet ihre Bestätigung auch in der Annahme, daß längeres Fehlen von Sonnenlicht und Sonnenwärme einen wesentlichen Einfluß auf die Influenzaerkrankungen hat. So wurde z. B. von Ruhemann ein umgekehrtes Verhältnis zwischen der Influenzagegenwart und den statistisch erhobenen Sonneneinstrahlungen der gleichen bzw. der vorhergehenden Periode für Berlin festgestellt. Magye fand für Kopenhagen ebenfalls, daß die Anzahl der Sonneneinstrahlungen für Ausbreitungsgeschwindigkeit und Dauer der Krankheit bestimmend ist. Die medizinische Statistik bezüglich der monatlichen Influenzazugänge zeigt denn auch für das Jahr 1906 in Frankreich eine von Oktober bis Januar steigende und eine von Februar bis September fallende Tendenz, d. h. die Monate Oktober bis Januar, also die Monate mit dem geringeren Sonnenlicht und der geringeren Sonnenwärme, zeigen eine ganz auffallend größere Beteiligung am monatlichen Zugang der Influenzaerkrankungen als die Monate Februar bis September, welche mehr Sonnenlicht und Sonnenwärme aufweisen als Oktober bis Januar.

Von einigen Hochgebirgsorten wird behauptet, daß sie verhältnismäßig frei von der Krankheit sind, doch wird diese Feststellung nicht allseits anerkannt. Bei der deut-

lichen Sammelforschung ergab sich, daß die Komplikationen und Nachkrankheiten in den von Mittelgebirgen durchzogenen Teilen Deutschlands (Saachsen, Thüringen, Hessen, Pfalz) in erheblicher höherem Prozentsatz vorkamen als in den Küstenländern der Ost- und Westpreußen, Pommern, Mecklenburg).

Die Frage, ob der 1891 von Pfeiffer (Breslau) entdeckte Influenzabazillus der Erreger der Seuche ist, wird sehr verschieden beantwortet. Die deutschen Bakteriologen erblicken fast alle in diesem Bakterium, welches eigenartige Lebensbedingungen aufweist, den Erreger der Influenza. Auch in Frankreich, England, Italien und Nordamerika stimmen viele Forscher dieser Ansicht bei. Es gibt aber auch Bakteriologen, welche dem Influenzabazillus nur eine sekundäre Bedeutung zuerkennen und ihn als einen, vielleicht sogar den wichtigsten der Erreger betrachten, welche die durch den noch unbekanntem eigentlichen Krankheitsstoff hervorgerufene Infektion komplizieren. Es ist der Bakteriologie noch nicht gelungen, eine einwandfreie Lösung der Entstehungsfrage der Influenza zu bringen.

Gleichzeitig mit der Epidemie unter den Menschen tritt gar nicht selten bei Tieren eine ähnliche, auch Influenza genannte Krankheit auf (Pferdegrippe, Bruckseuche). Ein Teil der hier zugehörigen Fälle stimmt nach Krankheitserscheinungen und Sektionsbefunden mit der menschlichen Influenza in manchen überein. Die Tierseuche kommt auch in ungeheuren Epidemien vor; die 1873 in Nordamerika unter Menschen herrschende Epidemie wurde von manchen Beobachtern in Verbindung gebracht mit der amerikanischen Pferdegrippe der Jahre 1872 und 1873. Auch bei Hunden und Katzen ist die Krankheit gleichzeitig mit menschlichen Epidemien gefunden worden. Dabei wurde die direkte Übertragung von einem Tier zum andern gesehen. In einzelnen Fällen wird auch ein Übergang der Krankheit von Menschen auf Tiere (Hund, Papagei) be-

hafte Papier reißt, wickelt sich um die Walzen, die Farbe ist schlecht verrieben. Da muß die Maschine öfter stillstehen, wodurch eine bis vier Stunden verloren gehen. Eine weitere Ursache der Zeitverluste liegt darin, daß zwischen Werkstatt und Betriebsleitung wenig System und Zusammenhang ist. Als Beispiel sei hier die fünfte Buch- und Steinruderei angeführt. Infolge Verzögerung der Korrekturen, verursacht durch die Zentralleitung, hatte die Druckerei im Juli einen Minderertrag von 3500 Rubel. Bis acht Stunden muß auf die Korrektur gewartet werden, die manchmal nicht wiederzuerkennen ist. Die Ausgabe der dort gedruckten Zeitschriften verzögert sich oft um einen ganzen Monat oder noch mehr. Infolge Verzögerung der Revisionen hat die vierzehnte Druckerei 14 Proz., die sechzehnte Druckerei 10 Proz. Verlust an Arbeitstage. In der ersten, achten und neunten Druckerei beträgt der Zeitverlust infolge Verzögerung der Formen 7 bis 8 Proz. Es ist deshalb kein Wunder, wenn der Moskauer polygraphische Trust arg verpulvert ist. Seine Schulden betragen am 1. August nicht weniger als 1 076 000 Rubel. Damit beschäftigt sich neulich eine Konferenz, doch konnte die Trustleitung keine genügende Erklärung für die wachsende Verschuldung geben. Sie meinte nur, daß manche Druckereien Bestellungen annehmen, sie aber fehlerhaft ausführen, weshalb der Besteller sie weigert, die Druckerei zu bezahlen. Deshalb soll ein einheitlicher Preisstarif eingeführt werden, damit nicht ein Auftrag von den einzelnen Druckereien so unterschiedlich kalkuliert wird wie das bisher der Fall war. Die Besteller sind nämlich mit ihrem Auftrag von einer Druckerei zur andern gegangen, bis die billigste den Zuschlag erhielt. Das soll der neue Preisstarif verhindern. — Über den *Селундический* im graphischen Gewerbe wird an einem Beispiel folgendes berichtet: Im Jahre 1925 wurden die Arbeiter der Druckerei „Krasnyj Majak“ („Der rote Leuchtturm“) ärztlich untersucht. Dabei wurden 70 Mann als gesund befunden, 387 waren zwar mit gesundheitlichen Störungen behaftet, sonst aber arbeitsfähig, 173 wurden als wirklich krank festgestellt. Daraufhin wurde die Druckerei mit einer ganzen Reihe von sanitären Einrichtungen versehen, weiter wurden 200 Arbeiter mit gesundheitlichen Störungen (Stadium der Kompensation) der ärztlichen Aufsicht unterstellt, 143 Mann kamen in ständige ärztliche Behandlung etwa 500 Mann wurden zu Erholungskuren verschickt, 12 mußten den Beruf wechseln und 9 „hartnäckige“ Alkoholiker wurden einer Zwangsbehandlung unterworfen. Die zweite Untersuchung in diesem Jahre ergab 106 Gesunde, 390 im Stadium der Kompensation und „nur“ 104 Mann bedürften einer ernsthaften ärztlichen Behandlung. Das soll beweisen, daß der Gesundheitszustand sich gehoben hat. Aber 104 Kursteilnehmer von einigen hundert Gefunden kann unmöglich als günstiges Ergebnis gemertet werden. Danach müssen die sanitären Verhältnisse im graphischen Gewerbe noch ziemlich verbesserungsbedürftig sein. — In letzter Zeit ist eine größere Anzahl von *Семашкины* ausgefickt worden, jedoch fehlt es an Kräften, die auch diese Maschinen sachkundig bedienen können. Um diesen Mangel abzuheben, verfiel man auf ein merkwürdiges Mittel: die Maschinensetzer gegenseitig auszu-tauschen. Sie wandern von einem Kunstempel zum andern. Daß dabei die gesetzliche Arbeitszeit weit überschritten wird, ist füglich anzunehmen. Die Aufstellung neuer *Семашкины* bewirkt auch die „Einsparung“ einer Reihe von Handsehern, die vorherhand sich als Opfer der Rationalisierung betrachten müssen, bis die vermehrte Produktion auch ihnen Arbeitsgelegenheit schafft. — Das Gesetz der Sowjetregierung zum zehnjährigen Jubiläum der Oktoberrevolution, der *сидячих* die

beistat, veranlaßte das polygraphische Komitee am Obersten Wirtschaftsrat eine Umfrage darüber zu veranstalten, ob es angängig ist, den Siebenhunderttag in der polygraphischen Industrie, die in letzter Zeit sich stark zusammengefallen hatte, schon jetzt einzuführen. Die Umfrage wurde bejaht. Inmehrer eines Monats sollen entsprechende Richtlinien ausgearbeitet werden, die dann die Einführung des Siebenhunderttags in die Wege leiten. Von dieser Maßnahme wird auch ein merklicher Rückgang der Arbeitslosigkeit erhofft. Weiter wird der Bau einer großen Fabrik für graphische Maschinen sowie eines Lehrinstituts für das graphische Gewerbe erwogen. Ingenieure und Arbeiter sollen ins Ausland abkommandiert werden, die den gegenwärtigen Stand der graphischen Technik studieren und die gesammelten Kenntnisse in der Heimat verwerten sollen. — Die Bemühungen um *Вербилки* und des Buches nehmen ihren Fortgang. Aber sie geben keine befriedigenden Ergebnisse, im Gegenteil: Selbstkosten und Preise steigen ununterbrochen. Ende vorigen Jahres betrug der Wert des unverkauften Buchvorrats 35 Millionen Rubel. Daraufhin wurde der Produktionsplan um die Hälfte gemindert. Aber die Verminde rung der Auflage, die bessere Verwertbarkeit des Buches, das höhere Verfasserhonorar und andre Ursachen hatten zur Folge, daß im ersten Halbjahr 1927 Selbstkosten und Buchpreise um 15,4 Proz. stiegen. Dieses ungünstige *Госплана* befindet sich besonders der Staatliche Verlag. Während dieser 3. B. vor Bogun Bauernliteratur bei 32 000 Auflage 7,42 Kopfen notiert, liefert der Privatverlag „Der Säemann“ einen Bogen für 6,1 Kopfen bei nur 10 000 Auflage. Das beweist, daß das Privatunternehmen kaufmännisch besser wirtschaftet. Kein Wunder, wenn man bedenkt, daß der Beamtenapparat des Staatlichen Verlags in Moskau Ende 1926 rund 1600 Köpfe betrug und für das Jahr 3 Millionen Rubel an Unterhalt oder 15 Proz. des Umsatzes erforderte. Seitdem wurde das Personal um 20 Proz. abgebaut. Da jetzt energisch durchgegriffen werden soll, steht zu erwarten, daß das Verlagsgeschäft eine gesündere Grundlage erhält. — Eine *полиграфическая* Ausstellung mit großartig künstlerischer Aufmachung fand kürzlich in Moskau statt. Sie war so reichhaltig besetzt, daß zu ihrem Studium einige Tage nötig waren. Bekannte waren Beispiele von den Anfängen der menschlichen Schrift bis zu den höchsten Errungenschaften graphischer Kunst von heute. Die Ausstellung lieferte den Beweis, wach gewaltigen Fortschritt die graphische Kunst im heutigen Rußland gegen früher erfahren hat. Die Reichhaltigkeit der Ideen in künstlerischer Hinsicht war staunenswert. Ausgestellt waren auch Lithographiesteine aus Georgien, die jetzt wegen ihrer Verfügbarkeit den *Империал* aus Solihofen in Bayern gänzlich überflüssig machen. *Империал* der russischen Künstler waren besonders viele deutsche Firmen mit ihren qualitativ hochwertigen *Империал* gefertigt. Auf der letzten *Семашкина* im graphischen Gewerbe neben Schweden, Norwegen und Dänemark auch Rußland vertreten. Rußlands Vertreter, Kollege *Убогом*, konnte aber erst am letzten Verhandlungstage eintreffen. Er gab eine Darstellung über die Struktur des russischen Buchdruckerverbandes und des graphischen Gewerbes, wobei er nicht unterließ, für eine Internationale der Buchdrucker unter sowjetrussischer Führung zu agitieren. Nach einem Bericht wurde beschlossen, wobei dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam beizutreten, noch aus dem „revolutionären“ Zentralrat der finnischen Gewerkschaften auszutreten. Dieser Beschluß kam zustande, obwohl die Delegierten fast sämtlich Sozialdemokraten

sind. Daraus leitet *Убогом* große Hoffnungen für seine Richtung ab. Der finnische Verband zählt über 3000 Mitglieder, während ebensolche Buchdrucker noch unorganisiert sind. So berichtigt die Sowjetpresse. Soll das ein Erfolg revolutionärer Gewerkschaftsarbeit sein? — Aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der Sowjetrepublik wurden vom Hauptvorstand des russischen Bucharbeiterverbandes *Всероссийский* delegierte aus Deutschland, Frankreich, Belgien, England, Irland, Tschechoslowakei, Estland, Schweden, Norwegen, Dänemark und China zu einer *Самостоятельная* eingeladen. Nach einem Vortrag des deutschen und des französischen Delegierten wurde vornehmlich die Frage besprochen, wie die Beziehungen der ausländischen Buchdruckerverbände zum russischen Verband gefestigt werden können. Von dieser Tagung erhielten wir erst jetzt Kenntnis durch unsere russischen Mitarbeiter. Es sieht natürlich jedem Kollegen frei, nach Rußland zu fahren und dort Besuche abzugeben. Der Betreffende darf sich aber nicht als Vertreter eines Verbandes aufspielen, von dem er dazu gar nicht beauftragt worden ist. Der Name des deutschen Delegierten ist uns nicht bekannt. Vielleicht kauft er sein Inognito noch und erzählt, wem sich der Mission betraut hat, mit dem russischen Verbande sogenannte Einigungsverhandlungen zu führen. *Самостоятельная* — Illegale unterirdische Druckereien hat es schon unter dem zaristischen Regime in Rußland gegeben. Ebenso wie die früheren Gewerkschaften, so machen auch die Bolschewiki Jagd auf diese Art Druckereien. Die bekanntesten ihrer Führer, durch die Meinungsflaverei in die Opposition getrieben, greifen wiederum zu diesem ungewöhnlichen Mittel, um ihrer Meinung in der breiteren Öffentlichkeit Geltung zu verschaffen. Vor einigen Wochen wurden die Kollegen Brower und Silberow aus der *КП*, ausgehollt, weil sie in einer unterirdischen Druckerei tätig gewesen sind. Überhaupt stehen die Buchdrucker bei den kommunistischen Machthabern in einem schlechten Geruch. Das datiert aus der Zeit, als der Buchdruckerverband sich nicht gutwillig unter die Fuchtel der Diktatur begeben wollte und erst mit Gewalt „erobert“ werden mußte. Noch heute schmachten mehrere jener „aufgeklärten“ Kollegen in den Eiswästen Sibiriens oder auf der berüchtigten Solowjezki-Insel, vergebens auf die Zubläusammelte hoffend, die wohl kriminellen Verbrechern zugute kam, nicht aber Männern, die in der Jarenzeit für die freie Arbeiterbewegung gleichermäßen wie die Bolschewiken litten und stritten, jedoch den heutigen politischen Kurs nicht als den richtigen anerkennen können.

Frankreich. Nunmehr hat auch die *elsaß-lothringische* Gehilfenschaft in Sektionsversammlungen zu den *Принципалс* vor sich Stellung genommen, über die wir im Auslandsbeil der Nr. 94 berichteten. Unser Straßburger Bruderorgan sagt seine Ansicht über diese *Вотчинские* folgendermaßen: „Ehrlich gesprochen, soviel Tarifrevisionen wir im Laufe mehrerer Jahrzehnte, sei es als früherer selbständiger elsass-lothringischer Verband, sei es als Gau *Ельсаз-Лотаринг* des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, oder seit 1919 als Mitglied der „*Fédération Française des Travailleurs du Livre*“, erlebt und durchgekämpft haben, so groß die Spannung zwischen Forderung und Gegenforderung auch jeweils gewesen sein mag, denn die Interessen der Prinzipale und der Gehilfen stehen einander in der Regel diametral gegenüber, nichts reißt aber auch nur annähernd heran an das, was das geeinigte Patronat von *Ельсаз* und *Лотаринг* uns heute zumutet. Wenn wir genötigt wären, all diesen Forderungen unsere Zustimmung zu geben, wenn wir nicht gewillt und befähigt wären, das, was wir in sechzigjähriger unermüdlicher Arbeit und in harten Kämpfen und ähmem Ringen aufgebaut und erzwungen haben, bis zum Weißbrot zu verweigern, dann würden wir großmütig auf die paar restlichen Bestimmungen, die uns noch verbleiben, verzichten, und es bliebe uns der hübsche blaue Um Schlag des Tarifs, der, im „*Musée historique*“ sein äußerlich unter Glas und Rahmen aufbewahrt, der Neudruck Kunde gäbe, das einstmal ein elsass-lothringischer Buchdrucker tarif existiert hat. Was die elsass-lothringische Prinzipalität zu der diesjährigen Tarifrevision fordert, grenzt ans Uferlose. Die Anträge der Prinzipale, die, insgesamt zum Geleß erhoben, das Jahreseinkommen der Gehilfen um mehrere Tausend Franken herabsetzen würden, beweist dies schlagend... Kollegen! In glänzend besetzten und von Kampfergeist besetzten Versammlungen habt ihr euren Willen kundgegeben; ihr habt den Ernst der Stunde erfasst und klar erkannt, wohin das Patronat mit euch fahren will. Was wir mühsam erkämpft in jahrzehntelangem Ringen, soll uns mit einem Geberstich geraubt werden, weil das Gewerbe „in Gefahr“ sei. Ob wir, unrein und unreiner Familien Existenz in Gefahr sind, darum kümmert sich kein Unternehmer. Tausende von Franken Jahres Einkommen sollen euch geraubt werden, um den Unternehmern den Konkurrenzkampf zu erleichtern. Der Augenblick, zu zeigen, was die Organisation vermag, ist gekommen. So einzig wie das Internationemertum, wenn es um die Bekämpfung der Arbeiterforderungen geht, müssen wir auch sein. Den ungeheuerlichen Forderungen der Prinzipalität muß der unbedingte Wille der Gehilfenschaft, ihre Existenz nicht untergeben zu lassen, gegenübergestellt werden. Eure Organisation ruft euch auf, eure größten und heiligsten Güter, euren Tarif, zu schützen. Um nichts Geringeres als um die restlose Vernichtung des Tarifs, geht der Kampf. Wir nehmen den Kampf auf! Wer mitkämpfen will, stelle sich der Organisation zur Verfügung. Wir haben den Mut zum Kampf und den Willen zu siegen. Das macht uns stark.“

richtet. Die landwirtschaftlichen Organisationen aller südlichen Kontinente, aber auch von Irland und Schottland haben wegen einer Epidemie unter den Wildbeständen sich zu einer tiefgreifenden Beschränkung des Jagdrechts für das Jahr 1927 gezwungen gesehen, um die Verluste wenigstens teilweise auszugleichen zu können. Abgesehen bestehen in Bezug auf die Übertragbarkeit der Tierrechte Zweifel. Während von vielen Tierärzten die Ansteckungsfähigkeit angenommen wird, soll die Krankheit nach einer älteren Mitteilung von Hertwig selbst durch Bluttransfusion nicht übertragbar sein.

Die Ausprägungen über die Verbreitungsart sind noch immer geteilt. Bei der deutschen Sammelforschung sprachen sich unter 2643 Beobachtern 57,5 Proz. für und 42,5 Proz. gegen die Übertragung der Infuenza von Mensch zu Mensch durch Kontaktinfektion aus. Das explosionsartige Auftreten der Epidemie, wobei oft Hunderte oder Tausende von Fällen am ersten Tag nebeneinander bestehen, läßt die Erklärung zu, daß die Krankheitserreger auf weite Entfernungen hin die Atmosphäre füllen respektive mit ihr fortbewegt werden. Natürlich ist auch für den einzelnen Fall und auf kürzere Entfernungen eine direkte Übertragung des Krankheitsstoffes von Mensch zu Mensch durch Auscheidungen (z. B. Anhalten), Kleidung usw. möglich. Für die meisten Epidemien wird angegeben, daß zunächst die Erwachsenen, erst später die Kinder erkranken. Die Säuglinge zeigen eine gewisse Unempfindlichkeit. Das häufigste ergriffene Alter liegt zwischen dem 21. und 50. Lebensjahr. Kräftige, korperliche Personen sollen eine besondere Empfänglichkeit zeigen. Schwächliche und durch andre Krankheiten heruntergekommene Personen sind natürlich der Ansteckung mehr ausgesetzt als robuste Menschen mit Rheumatismus, Gypffitis und Alkoholismus gelten als besonders leicht zur Erkrankung veranlagt. Schutz vor Ansteckung ist durch kein Mittel zu gewähr-

leisten. Bei herrschenden Epidemien soll man Menschenanmietungen meiden, frisch Erkrankte sind am besten zu isolieren. Arbeiter, welche dauernd Tobdämpfen ausgefickt sind, sollen von Infuenza auffallen verhindert gehalten sein.

Durch ausgiebige Lüftung der Zimmer, im Winter bei gleichzeitiger hinreichender Heizung, ist das Austrodnen des Krankheitserregers zu begünstigen; durch seuchtes, doch nicht zu nasses Aufwischen der Stuben, besser noch durch Flein, wird die Staubentwicklung bekämpft. Außer durch Lüftung und Beseinnung ist eine Desinfektion der Räume sowie der Gebrauchsgüter und Kleidungsgegenstände nicht erforderlich. Wenn der Ausbruch der Krankheit nicht zu explosionsartig ist, so daß auf einmal eine überaus große Zahl der Erkrankten besteht, so müssen die erkrankten Personen abgefordert werden. Außerordentlich wichtig ist es auch, auf das Verbot des Anhaltens der Mitmenschen und des Bespiens von Treppen und Fußböden hinzuweisen. Eine gemeinschaftliche Benutzung von *Ель* und Trinkgeschirren darf nicht stattfinden. Zur Zeit der Epidemie ist der Keimlingspflege der Mundhöhle besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Durch Gurgeln und Mundauspflühen mit geeigneten Desinfektionsmitteln, durch Nasenpflühen und Inhalationen wird die Schleimhaut der Atmungsorgane, welche der Infektion in erster Linie ausgefickt ist, unempfindlich gemacht.

Es gibt wohl kaum eine andre epidemisch auftretende Krankheit, bei welcher die Bevölkerung mehr zur Bekämpfung mitwirken kann, als die Infuenza. Durch Bekämpfung der Vorbeugungsmaßnahmen und durch rechtzeitige Hingabeung des ärztlichen Beraters bei Ausbruch der Erkrankung kann die Zahl der Krankheits- und Todesfälle herabgesetzt werden. Die Kenntnis von der Ausbreitung der Infuenza ist daher für alle Bevölkerungskreise notwendig zur Förderung der Volksgesundheit. Dr. Max Grünwald.

Öffentliche oder private Wirtschaft?

Die Frage steht eigentlich schon so lange zur Diskussion, wie es eine wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Körperschaften (Staat und Kommunen) gibt. Denn der extreme Liberalismus, dessen Ideen bis Ende des vorigen Jahrhunderts das Wirtschaftsleben auch in Deutschland beeinflussten und beherrschten, steht in der wirtschaftlichen Betätigung ein geheiligtes Vorrecht des privaten Unternehmertums. Nach der Staatstheorie der liberalen Lehre soll ja der Staat auch keine andern Aufgaben haben, als Leben und Eigentum seiner Bürger zu schützen. Es ist bekannt, daß schon Kalliste über diese „Nachwächtertheorie des Staates“ ipso tete.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland ist allen manchesterlichen Theorien zum Trotz ganz anders gelaufen. Heute verfügt die öffentliche Hand schon über ganz gewaltige Unternehmungen im Bergbau, Verkehrswesen, in der Gas-, Wasser-, Elektrizitätsversorgung und vielen andern Zweigen unseres Wirtschaftslebens. Im allgemeinen haben sich all diese Einrichtungen mindestens ebenso bewährt wie die Unternehmungen der Privatindustrie. Das sollte eigentlich auch den eingeschwoenen Liberalisten zu denken geben und ihm Anlaß sein, seine Theorie einmal an der Wirklichkeit zu überprüfen. Aber hier geht es um Eigentumsfragen und deshalb verperzt man sich selbst vor den klarsten Beweisen der Wirtschaftserfahrung.

In diesem Punkte ist sich das ganze Unternehmertum über alle internen Interessengegenstände hinweg einig. Es sei nur an die Tagung sämtlicher Unternehmerverbände im November 1926 in Berlin erinnert. Dort protestierten in vollster Einmütigkeit Industrie, Handel, Handwerk, Banken, kurz alles, was sich nur irgendwie zum deutschen „freien Unternehmertum“ rechnet, gegen die „kalte Sozialisierung“, worunter die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand gemeint ist. Die Angriffe von dieser Seite gegen die öffentliche Wirtschaft haben seitdem an Zahl und Schärfe erheblich zugenommen. Jetzt sind dem freien deutschen Unternehmertum in diesem Kampfe noch zwei mächtige Mitstreiter entfallen. Der Reparationsagent Parter Gilbert und der deutsche Reichsbankpräsident Dr. Schacht.

Die in der Presse viel erörterte Kritik des Reparationsagenten an der deutschen Finanzgebarung enthält manch berechtigtes Wort, das, bevor es Parter Gilbert in der bekannten Denkschrift niederlegte, schon von den Gewerkschaften ausgesprochen und zur Forderung erhoben wurde. Als Beispiel sei hierfür nur an die Kostenersparnis durch Verwaltungsvereinfachung erinnert. Andererseits sind aber dem Reparationsagenten als Ausländer bei der Beurteilung unserer staatsrechtlichen und volkswirtschaftlichen Verhältnisse auch Irrtümer unterlaufen, deren Gründe in der ganz verfehlten Struktur und Gestaltung Deutschlands und „Amerikas“, dem Heimatland Parter Gilberts, zu suchen sind. Das geht besonders aus dem Punkte der öffentlichen Staatskritik hervor, der sich mit den Finanzen der Länder und Gemeinden beschäftigt. Dem Reparationsagenten erscheinen die Etats der Länder und Gemeinden zu hoch. Er geht da bei seiner Beurteilung von amerikanischen Verhältnissen aus, wo man eine so ausgedehnte öffentliche Wirtschaft nicht kennt. Wäre dem Reparationsagenten bekannt gewesen, wofür erhebliche Summen auf beiden Seiten der öffentlichen Haushalte in den Dienst von Unternehmungsfunktionen zu stellen sind, seine Kritik über die öffentliche Finanzwirtschaft in diesem Punkte wäre sicherlich unterblieben.

Anderes liegen die Verhältnisse mit dem deutschen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht. Er kämpft gegen die wirtschaftliche Betätigung des Staates und der Kommunen aus Prinzip. Ihm ist, wie jedem eingefleischten Manchestermann, das Privateigentum ein geheiligter Begriff, was ja schon früher sein Austritt aus der demokratischen Partei bewies, weil sie ihre Mitglieder nicht verpflichtete, im Volkssentiment gegen die einschüßungslose Enteignung der Fürsten zu stimmen. Dr. Schacht ist ein erbitterter Gegner der Auslandsanleihen. Er vertritt die Anschauung, sie könnten unsere Währung gefährden. Nach dieser Erkenntnis zu handeln, ist sein gutes Recht, obwohl die Frage selbst unter den ersten Wirtschaftstheoretikern der Gegenwart heiß umstritten ist. Auf Grund seiner Stellung hat Dr. Schacht aber nur die Möglichkeit, Auslandsanleihen der öffentlichen Körperschaften zu erschweren und zu verhindern. Er tut das nach besten Kräften, aber er tut leider noch mehr. Er stellt sich in den Dienst einer heftigen Propaganda gegen die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand überhaupt. Diese seine Tätigkeit hat mit seinem Amt nicht das mindeste zu tun. Sie ist genau so wenig objektiv, wie seine Theorien anscheitend sind. In der bekannten Bochumer Rede erklärte er u. a.: „Es wäre erst einmal zu untersuchen, ob es Aufgabe des Staates und der Kommunen sei, ihren Bürgern dauernd Konkurrenz zu machen.“ Hieraus spricht der Manchestermann reinen Wassers. Hunderte von Beispielen aus der Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahrzehnte lassen sich anführen, die beweisen, wie oft durch privatwirtschaftliche Unternehmensführung die Interessen der Allgemeinheit, durch ungerechtfertigte Ringbildung und Preisfestsetzung verletzt worden sind. Die Interessen der Allgemeinheit sind hier gleichgültig mit den Interessen der Mehrheit des Volkes, der großen Schichten der Arbeiter- und Verbraucher-schaft. Und sie, wenn nicht anders möglich auch auf dem Wege privatwirtschaftlicher Konkurrenz, vor der Willkür einzelner Wirtschaftsmächtiger zu schützen, ist eine der vornehmsten Pflichten des Staates.

Es hat auch wegen dieser innerlichen Berechtigung nichts die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Körperschaften aufzuhalten vermocht. Ja, sehr viele Momente sprechen dafür, daß Staat und Kommunalverbände in Zukunft in erhöhtem Maße wirtschaftliche Unternehmerfunktionen werden übernehmen müssen. Zwischen dem Verkauf guter Konjunkturer früherer Jahre und jetzt lassen sich, soweit sie technisch ihre Auswirkung finden, große Unterschiede feststellen. Als Begleiterscheinung jedes wirtschaftlichen Aufschwungs lehrt die Erfahrung eine Ausweitung der Energie- und Verkehrswirtschaft. Das hieß früher Steigerung der Kohlenproduktion (Abteufen neuer Schächte, gewaltige Belegschaftszunahme im Bergbau usw.) und große Erweiterung des Eisenbahnnetzes. Heute liegt das Schwerk Gewicht der Eigenwirtschaft in Elektrizität und Gas, also im Bereich des Tätigkeitsfeldes der Kommunen. Im Verkehrswesen ist eine starke Verflechtung vom Bahnwege zum Automobil zu bemerken, und im engeren Stadt- oder Bezirksbereich erhält das Verkehrsnetz der Straßenbahnen eine immergrößere Bedeutung. Straßenbau und -instandhaltung infolge gesteigerter automobilistischer Verkehrstätigkeit ist aber in bemessenen Maße Angelegenheit der Kommunen wie das Straßenbahnwesen, das heute schon zum allgrößten Teil unter kommunalem Einfluß steht.

Im Wohnungsbau ist festzustellen, daß eine so nachhaltige Belebung des Baumarktes, wie sie zur Verringerung der noch immer furchtbaren Wohnungsnot erforderlich ist, vom privaten Geldmarkt her gar nicht möglich ist. Auch hier weist die Entwicklung der nächsten Jahre der öffentlichen Wirtschaft gewaltige Aufgaben zu.

Der eingeschwoene Privatwirtschaftler mag diese Entwicklung bedauern. Die freie Arbeiterbewegung hat mit seiner Grundanschauung, aus der seine Argumente abgeleitet sind, nichts gemein. Im Gegenteil. Die Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand, deren Kalkulation klar und unanfechtbar ist, können in der heutigen kapitalistischen Wirtschaft nur einen Einfluß ausüben, der sich zum Besten der Allgemeinheit auswirken muß und auch a...

So u. m. Fr. Bogt.

Der Streit um die Auslandsanleihen

Im Zusammenhang mit dem vorstehenden Artikel sei nachfolgend noch speziell eingegangen auf das Kapitel der Auslandsanleihen.

Zur Nationalisierung, die großenteils noch während der Krise vorgenommen wurde, und zur Anhebung und Entfaltung der Konjunktur war mehr Kapital erforderlich als Deutschland selbst aufbringen konnte. Der ausländische Kapitalmarkt mußte in großem Umfang in Anspruch genommen werden. Über die Vorteile und Nachteile dieser starken Verwendung von Auslandskapital ist ein heftiger Streit entstanden. Auf der einen Seite hat man den gegenwärtigen Stand und den weiteren Vorrück der Wirtschaft ohne die Befruchtung durch fremdes Kapital nicht für möglich, auf der andern fürchtet man eine künstliche Förderung der Konjunktur, die alle möglichen Gefahren in sich bergen soll. Diese Meinungsverschiedenheiten haben seit der Einmütigkeit des Reparationsagenten einen recht bedenklichen Charakter angenommen.

Seit die Böse am 18. Mai ihren „schwarzen Freitag“ erlebte, sind Bedenken über die kurzfristige Auslandsverschuldung des öfteren geäußert worden. Bekanntlich war der Kursummenbruch durch die plötzliche Entziehung von Spekulationsgelben erfolgt. Die Böse half sich rasch durch die Aufnahme kurzfristiger Anleihen, überwiegend ausländischer. Als später der Kapitalmangel immer größer wurde, ist auch die kurzfristige Verschuldung der Industrie stark angewachsen. Ohne Zweifel wurde dadurch eine gewisse Unsicherheit in das Wirtschaftslieben hineingetragen. Jedem ein unvorhergesehenes Ereignis kann zu einer Vertrauenskrise mit einer plötzlichen Zurückziehung der Anleihen führen, was zu empfindlichen Störungen der Gesamtwirtschaft führen müßte. Die an sich bedenkliche Abneigung gegen eine zu hohe kurzfristige Verschuldung ist nur zum Teil auch auf die langfristige übertragen worden. Zwei Gründe und zwei Personen spielen dabei eine besondere Rolle — der Reichsbankpräsident Schacht, der angebliche Gefahren für die Währung abwenden will, und der Reparationsagent Parter Gilbert, der Befürchtungen für die Reparationsleistungen hegt. Im Hintergrund wird man freilich auch andre Personen und Erwägungen zu suchen haben. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier die Privatwirtschaft auf einem Schlag gegen die Gemeinwirtschaft ausstößt.

Schon auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie am 2. und 3. September in Frankfurt a. M. hatte Duisberg, der Vorsitzende des Verbandes, vergeblich versucht, die allgemeine Verschuldung der Wirtschaft, also auch die an das Ausland, möglichst schwarz zu malen und mit Hilfe eines zweifachen Rechenkunststückchens — er zählte zu den 10 Milliarden Mark Neuverschuldung seit der Stabilisierung einfach 18,1 Milliarden Mark Aufwertungsgebühren — ein bedrohliches Verschuldungstempo zu konstruieren. Sein Bestimmismus wurde nicht ernst genommen und schließlich widerrief er ihn selbst. Im übrigen war ja seine Absicht, nämlich einen Vorwand zur Herauspressung höherer Kapitalgewinne zu finden, durchsichtig genug. Von einer besonderen Gefahr der Auslandsverschuldung war damals noch keine Rede.

Anläßlich der großen Finanz- und Wirtschaftsdebatten am 27. Oktober im Haushaltsausschuß des Reichstages äußerte Reichswirtschaftsminister Curtius sogar die An-

sicht, daß, wenn für die Konjunktur eine Gefahr bestände, sie im Kapitalmangel zu suchen sei. Er betonte, daß man von einer bedrohlichen Verschuldung an das Ausland nicht sprechen könne. Die Anzeichen der Industrie und der Gemeinden seien völlig sicher und überdeutlich gedeckt. Er trat auch dementsprechend dafür ein, daß dem weiteren Anstieg des Auslandskapitals keine Hindernisse in den Weg gelegt würden. Damit trat er in einen ausgesprochenen Gegensatz zum Reichsbankpräsidenten Schacht, der bereits im Interesse der Währung die Bremse ansetzen wollte. Schacht hat im Reparationsagenten einen mächtigen Verbündeten erhalten. Das Anfang November veröffentlichte Memorandum Gilberts enthält heftige Angriffe auf die deutsche Finanz- und Anleihepolitik. Gilbert wendet sich nicht nur gegen die Steigerung der Ausgaben der öffentlichen Körperschaften, die den Etat gefährden soll, sondern auch gegen die Methode, sich die Mittel wenigstens zum Teil durch Auslandsanleihen zu verschaffen.

Schacht wie Gilbert sehen die wunde Stelle der deutschen Wirtschaft, also die vermeintliche Gefahr für die Währung beziehungsweise für die Reparationsleistungen, letzten Endes in unserer passiven Zahlungsbilanz. Deutschland führt vom Ausland mehr Waren ein als es an das Ausland verkauft. Es muß also größere Summen in Mark bezahlen, als es in fremder Währung, wie Dollar und Pfund, erhält. Das Defizit wird noch dadurch vergrößert, daß uns Reparationen ohne jede Gegenleistung auferlegt sind. Auf den internationalen Zahlungsläufen kann so ein Ubergewicht von Mark entstehen, das ihren Wert zu brühen droht. Das Defizit unserer Zahlungsbilanz ist vorläufig durch die Aufnahme von Auslandsanleihen ausgeglichen worden. Auf die Dauer wird es allerdings dadurch wegen der Zins- und Tilgungszahlungen noch vergrößert. Vorläufig besteht aber jedenfalls keine Gefahr für die Währung. Es ist leicht nachzuzusehen, daß es auch auf die Dauer keine gibt.

Zunächst kann durch das größte Ubergewicht von Mark die Goldbasis unserer Währung, die wir gar nicht verlassen können, nicht angegriffen werden. Der bei einer Goldwährung noch mögliche Rückgang des Wechselkurses hat mit einer Inflation gar nichts zu tun. Ein größeres Sinken unseres Wechselkurses müßte dazu führen, daß die im Ausland befindlichen Markbeiträge bei der Reichsbank gegen Gold und Devisen umgetauscht würden. Damit würde der Reichsbank die Deckungsgrundlage für die Notenausgabe geschnitten. Der Notenumlauf müßte stark eingeschränkt werden. Das Angebot an Mark müßte zwangsläufig zurückgehen und ihr Wert wieder steigen. Gewiß könnten dadurch empfindliche wirtschaftliche Störungen hervorgerufen werden, aber die Gefahr für die Währung wäre beseitigt. Im übrigen führt ein Sinken des Wechselkurses auch zur Besserung der Handelsbilanz. Es regt die Ausfuhr an und hemmt die Einfuhr und verringert ja die eigentliche Ursache der Wertminderung.

Schlieflich dürfen wir aber damit rechnen, daß das Defizit unserer Handelsbilanz eine vorübergehende Erscheinung ist und gerade mit Hilfe der Auslandsanleihen, die die Wirtschaft befruchten, die Krise am raschesten überwunden wird. Selbst wenn dies nicht oder nur in beschränktem Maße der Fall wäre, würde damit noch keine Krebskrankheit der Wirtschaft entstehen. Zins- und Tilgungsbeträge für Auslandsanleihen müssen ja nicht an das Ausland abgeführt werden, sondern können zum Ankauf deutschen Vermögens dienen. Es ist sicher anzunehmen, daß durch die Verwendung der Auslandskapitalien die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft stärker steigen wird als die Zins- und Tilgungslast ausmacht. Trotz wachsender Überfremdung würde so der Volkswohlstand rascher zunehmen als ohne die Auslandsanleihen.

Nach vor wenigen Monaten hat auch Schacht geäußert, daß es für Deutschland ein Währungsproblem überhaupt nicht mehr gebe. Nun hat er doch ein neues Problem entdeckt und scheint sich nicht, mit dem Wort Inflation zu spielen. Was er eigentlich fürchtet, scheint ihm selbst nicht ganz klar zu sein. Eingangs seiner am 18. November in Bochum gehaltenen Rede meint er: „Wenn von einer Gefährdung der Währung gesprochen wird, so denken viele lediglich an eine Entwertung der Banknoten. Der Begriff Währung umfaßt aber etwas mehr als die bloße Geldwertbeständigkeit der ausgegebenen Banknote, er umfaßt vielmehr die Notwendigkeit, die nationale Volkswirtschaft mit einer ausreichenden Menge wertbeständiger Zahlungsmittel zu versehen.“ Demnach muß man annehmen, Schacht befürchtet, die notwendigen Zahlungsmittel nicht erstellen zu können, weil ihm durch das Defizit der Zahlungsbilanz schließlich auch ein Gold und Devisen bestehende Deckungsgrundlage für die Notenausgabe entzogen wird. Etwas später, bei der Erörterung der Frage des Umtausches der Dollarkanleihen in Mark beschränkt er das Gegenteil. „Der unbeschränkte Umtausch würde nichts anderes bedeuten als eine Inflation, die sich in einer unerhörten Steigerung von Preisen und Löhnen ausdrücken müßte.“ Schacht hat sich schon in seiner allgemeinen Kreditpolitik in auffallenden Widersprüchen bewegt. Man kann nicht sagen, daß seine Währungspolitik einseitiger sei. Ähnlich steht es mit seiner Sorge, daß der durch Gold und Devisen gedeckte Zahlungsmittelumlauf in einem Maße zu steigen drohe, daß wir in eine Inflation, in diesem Falle eine Goldinflation, hineinsteuern. Schacht ist der Auffassung, daß der Zahlungsmittelumlauf von rund 8 Milliarden Mark, wie wir ihn heute haben, nicht wesentlich vergrößert werden dürfe. Diese 8 Milliarden entsprechen aber einem Vorkriegswert von 3,5 Milliarden, während wir damals einen Umlauf von über 5 Milliarden hatten. Die Vorkriegsproduktion haben

wir schon wieder erreicht, aber vom Zahlungsmittelumlauf der Vorkriegszeit sind wir noch weit entfernt. Das wird auch durch die Steigerung des bargeldlosen Verkehrs noch nicht ausgeglichen.

Auch die Einwände des Reparationsagenten gründen sich letzten Endes auf unsere passive Zahlungsbilanz. Gilbert erachtet die Schwierigkeiten in der Durchführung des Dawes-Planes weniger bei der Ausbringung der Mittel im Inland als bei der Übertragung an die Gläubigerstaaten, die natürlich unsere Zahlungsbilanz, die an sich schon ungünstig genug ist, weiter verschlechtert. Da nach den Bestimmungen des Sachverständigenrats durch die Übertragungen kein Druck auf den Wechselkurs ausgeübt werden soll, kann der Fall eintreten, daß die Gelbberweisungen eingestellelt oder wenigstens stark eingeschränkt werden müßten. Der Reparationsagent hat dagegen immer die Möglichkeit, an ihrer Stelle Sachlieferungen zu verlangen, die allerdings bei den ausländischen Industrieländern, für die sie eine empfindliche Konkurrenz bedeuten, sehr unbeliebt sind. Die Auslandsanleihen mögen zwar die Zahlungsbilanz verschlechtern, aber in ihnen eine Bedrohung der Reparationen zu sehen, geht sicher zu weit. Im Gegenteil, wenn Parker Gilbert der Meinung ist, die er in seinem Memorandum geäußert hat, daß im Interesse der Reparationen das Wohlgehen der deutschen Wirtschaft liege, dürfte er sich ihrer Belebung durch den Strom ausländischen Kapitals nicht entgegensetzen. Wenn sich die Wirtschaft erst erholt hat, wird sie auch zur ausreichenden Kapitalbildung aus eigener Kraft imstande sein, ihre Verpflichtungen abzudecken und wie vor dem Kriege die passive Zahlungsbilanz wieder in eine aktive verwandeln.

Der Kampf, der in Deutschland gegen die Auslandsanleihen geführt wird, hat aber eine Wendung genommen, die ihn in erster Linie als eine innere Angelegenheit erscheinen läßt. Immer ausführlicher richtet er sich gegen die Anleihen der öffentlichen Körperschaften, besonders der Gemeinden. Schon in seiner Rede im Haushaltsausschuß sagte Schacht, daß sich die Reichsbank niemals der Anleiheaufnahme durch die Privatindustrie widersetzt habe. Dagegen sollen die Gemeinden zur Sparmaßnahme gezwungen werden, was zur Folge hätte, daß ihre wirtschaftliche Tätigkeit gelähmt oder wenigstens deren weitere Ausdehnung verhindert würde. Für die rentierenden wirtschaftlichen Betriebe der Gemeinden, wie Gas-, Elektrizitätswerke u. a., sind aber Auslandsanleihen ebenso notwendig und berechtigt, wie für irgend welche rentierenden privaten Betriebe. Sie ermöglichen auch den Gemeinden, laufende Einnahmen für sogenannte unproduktive Zwecke aufzuwenden, wie Wohnungsbauzuschüsse, Grünflächen, Bildungsweesen, die auf die Dauer die produktivsten Ausgaben sind, da sie unser wichtigstes Gut, die Arbeitskraft, fördern. Man darf auch nicht übersehen, daß diese Ausgaben zu einer Hebung der Kaufkraft führen, die die Voraussetzungen einer weiteren Entfaltung der Produktion ist. Die Ausgliederung der Gemeindefinanzwirtschaft würde sich darum übel rächen.

Aus den Zahlenangaben über die Verschuldung kann der Außenstehende nicht klug werden. Schacht gibt die langfristige Verschuldung mit 5,5 Milliarden an. Er rechnet ferner mit einer kurzfristigen von etwa 4,5 Milliarden, der aber einige Milliarden deutsche Forderungen an das Ausland gegenüberstehen. Den Anteil der langfristigen Gemeinde- und Länderanleihen schätzt Schacht auf 2,5 Milliarden. Mulert, der Vorsitzende des Deutschen Städtetages, behauptet, daß dieser Anteil nur 0,55 Milliarden betrage. Auch die Zahlen, die Gilbert und Köhler in ihren Schreiben verwenden, gehen stark auseinander. Die Angaben Gilberts erscheinen auffällig im Schacht'schen Sinn gefärbt. Im ganzen gewinnt man den Eindruck, daß hier auf Klarheit wenig Wert gelegt wird.

Schacht hat seinen Angriff auf die Finanzwirtschaft der Gemeinden auf seiner Vorjahren Rede am 18. November in besonders scharfer Form wiederholt. Mulert antwortete auf seinen Vorwurf der Verschwendung: „Wenn es einer besser wisse und dennoch sage, dann sei das einfach unbegreiflich.“ Deutlicher kann man nicht werden. Mulert wies noch darauf hin, daß beim Ausschneiden der Gemeinden aus der wirtschaftlichen Betätigung das Heer der Arbeitslosen nicht um Hunderttausende, sondern um Fünftausendertausende wachsen würde. Auch der frühere Finanzminister Rühl und der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund haben die Angriffe Schachts als völlig unbegründet und in ihrer Wirkung bedenklich zurückgewiesen. Die Berliner neue Stadtverordnetenversammlung hat vom Magistrat eine Nichtigstellung der Schacht'schen Äußerungen verlangt, bei welcher Gelegenheit Oberbürgermeister Böß Schacht vorwarf, daß er über Dinge rede, die er nicht versteht.

Die Beratungskommission, ohne deren Genehmigung die Gemeinden Auslandsanleihen nicht aufnehmen können, hat ihre Tätigkeit vorläufig eingestellt. Unter dem Vorwand, daß ein Überblick über den Gesamtbedarf festgelegt werden müsse, werden alle einzelnen Anträge zurückgestellt. Ein Teil der Zunahme der Arbeitslosigkeit ist ohne Zweifel auf diese Maßnahme zurückzuführen. Es ist zu hoffen, daß hier bald Wandlung geschaffen wird. Schon ein Eindämmen des weiteren Zustusses von Auslandskapital wäre zu bedauern, wenn auch die Konjunktur daran noch nicht zugrunde gehen müßte. Eine Vertrauenskrise aber, die zur Zurücknahme aller freiverwendeten Anleihen führte, würde den Zusammenbruch der Konjunktur verursachen. Wenn sie eintrete, würde auf Schacht ein großer Teil der Schuld fallen. G. H.

Korrespondenzen

Mugsburg. Innerhalb unsres Ortsvereins vollendeten dieses Jahr die Kollegen Wilhelm Eberhardt, Anton Fieber, Franz Schneller und Johannes Wiesberger ihre 50jährige Verbandsmittelschaft. Die Ehrung dieser Kollegen mit Überreichung des Verbands- und Gausgescheites wurde in der sehr gut besetzten Versammlung am 12. November vorgenommen. Als Einleitung brachte der Sängerkor „Typographia“ ein Lied zum Vortrag. Darauf würdigte Vorsitzender Stier die Verdienste der Jubilare und übermittelte ihnen die Glückwünsche der Mitgliedschaft, des Verbandsvorstandes und des Gaus. Namens der Jubilare dankte Kollege Fieber für die ihnen dargebrachte Ehrung. Gewerbetemittler Kollege Grohmler hielt sodann ein ausgeglichenes Referat über „Die Grundzüge des Arbeitsrechts und dessen systematischer Aufbau“. Seine Ausführungen zeugten von großer Sachkenntnis. Lebhafter Beifall belohnte den Redner. Kollege Philipp Schmid gab den Kassenbericht vom dritten Quartal und stellte fest, daß sich unsere Kasse nach Abschluß des 60jährigen Ortsvereinsjubiläums wieder in aufsteigender Linie bewegt. Unter dem Punkt „Verschiedenes“ kamen noch einige interne Angelegenheiten zur Sprache, darunter der Ausschluß eines Kollegen wegen Reklamation.

Berlin. (Händler.) Am 13. November hielt unsre Vereinigung ihre erste Generalversammlung ab. Kollege Pieisch berichtete über das abgelaufene Geschäftsjahr. Ein Jahr des Aufbaues. 800 Mitglieder in der Gründungsversammlung und heute nach einem Jahr 2500. Es war keine leichte Aufgabe, und nur großer Opferwilligkeit ist der Aufbau der Sparte zu danken. Viele stehen uns noch fern, aber unsre Arbeit möge ihnen ein Beweis sein, sich uns anzuschließen. War es dem Vorstand infolge dieser ersten Verwallungsarbeit nicht möglich, sich all den brennenden Fragen zuzuwenden, so glaubt er doch, wo es darauf ankommt, immer seine Pflicht getan zu haben. Die Experten der Handseher haben an den Mantelariferverhandlungen teilgenommen und unsre Forderungen zum Ausdruck gebracht. Der Arbeitslosenfrage und der Sonntagsarbeit wurde gebührende Aufmerksamkeit gewidmet. Gute Fühlung mit der Zentrale und unsern Handseherbesitzern war fruchtbringend. Unsern Mitgliedern boten wir Vorträge gewerkschaftlicher, wirtschaftlicher und literarischer Art. Ebenfalls wurden Besichtigungen durchgeführt. In Gemeinschaft mit dem Bildungsvorstand wurde ein Programm geboten, das den Wünschen der Handseher Rechnung trägt. Eine Berechnungskommission wurde geschaffen, die regen Zuspruch hat. Unterfertigung wurde den angrenzenden Vereinigungen zuteil und mit den andern Sparten die Verbindung hergestellt. Unsre Arbeit war im Rahmen des Status zum Wohle des Verbandes für die Handseher und wird auch unsre Zukunft sein. Der Kassenbericht lag gedruckt vor und wurde vom Kollegen Eichholz erläutert. Er schloß mit einem Bestand von etwa 3500 M. ab. In der Diskussion sollte die Opposition dem Vorstand Anerkennung für seine geleistete Arbeit. Der Vorstand habe aber den Kollegen keine materielle Auswirkung gebracht und nicht Stellung genommen gegen Haus- und Verbandsvorstand, der allgemeine Lohnfragen den Sparten entziehe. Der Kern der Gebessenen Kandidaturen wurde aber bloßgelegt durch seinen mit Nachdruck betonten Hinweis, die ganze Richtung passe ihm nicht, darum weg mit diesem Vorstand. Kollege Pieisch erwiderte ihm, daß nach wie vor allgemeine Lohnfragen in den Betracht kommenden Zuständen überlassen bleiben. Wenn es aber gilt für uns Handseher, die am schlechtestlohnlichsten, etwas durchzuhalten, dann werden auch wir auf gewerkschaftlicher Grundlage, frei von jeder Richtung und Parteipolitik, verstehen, die Interessen der Handseher wahrzunehmen. Durch Stimmzettel wurde der alte Vorstand mit Kollegen Pieisch als Vorsitzendem mit großer Majorität wiedergewählt. Zum Punkt „Lohnverhandlungen“ gab Kollege Pieisch von dem negativen Resultat Kenntnis.

Halle a. S. Der Besuch unsrer Versammlung am 16. November ließ infolge schlechter Witterungsverhältnisse zu wünschen übrig. Nachdem die Versammlung eines verstorbenen Kollegen ehrend gedacht, hielt Herr Dr. med. Winkelman einen interessanten Vortrag über „Krankheitsarten“, wobei er auch kurz auf die Heilerkrankungen einging. Er schilderte Entstehung und Verlauf der Krankheit, gab Vorrichtungsregeln zur Verhütung der Übertragung (Vererbung sei nicht zu befürchten), besonders sollte man das Krankenzimmer nur feucht reinigen, um das Aufwirbeln und Einatmen der Bazillen zu verhindern. Unter „Mitteilungen des Vorstandes“ kamen nur interne Angelegenheiten zur Sprache, außer der Bekanntgabe der geleisteten Lohnverhandlungen. Es wurde beschlossen, dem Verbandsvorstand die tiefste Enttötung der Versammlung über das unverfängliche Verhalten der Prinzipale zum Ausdruck zu bringen. Der Kassenbericht vom dritten Quartal wurde anstandslos genehmigt.

Samburg-Mitona. In unsrer von 400 Kollegen besetzten außerordentlichen Generalversammlung am 10. November wurde zunächst das Andenken von vier verstorbenen Kollegen in üblicher Weise gelehrt, der Tätigkeit des Kollegen H. Willert besonders ehrend gedacht. Das Andenken des früheren Gavorstehers Karl Lindensaub (Oberheim) sowie des Senators a. D. B. Große, die beide große Verdienste um die Gewerkschaftsbewegung haben, wurde durch Kollegen Ruhnke ebenfalls gelehrt. Sodann erhielt Herr Dr. Wiedwald das Wort zu seinem Vortrag. In gedurhdachter Weise besprach der Redner die Statistiken der in der Industrie und im Handwerk beschäftigten Arbeiter. 25 000 000 Personen werden in Deutschland in der Industrie beschäftigt, davon 41,3 Proz. in Bergbau, Eisen- und Hüttenwerken und in der chemischen Industrie. Die Verrechnung beträgt 65 Proz., während die Werkkräfte der Maschinen in den letzten Jahren sich um 200 Proz. erhöht hätten. Nachdem Redner noch in großen Zügen auf die Industrialisierung in der deutschen Wirtschaft, speziell in der Bekleidungs- und Lebensmittelbranche, hingewiesen, ging er zur Ausbildung des handwerklichen Nachwuchses über, dabei auf den Kern des Vortrages, das Berufsausbildungsgefeh, das jetzt dem Reichstag vorgelegt ist, eingehend. Große Firmen, wie Wobm & Böh (Sam-

burg), Optische Werke Zeiß (Jena), Gelsenkirchener Bergwerks-A.G., Böhlg. A.G. (Stuttgart), Augsburgischer Maschinenfabrik A.G. hätten Werkschulen, Werksvereine, Sport und Wandergemeinschaften in ihren Werken gegründet, um für den industriellen Nachwuchs selbst zu sorgen. Da es aber letzten Endes nur um die Seele des Arbeiters gehe, um ihm dem Einfluß der freien Gewerkschaften zu entziehen, so sei dringendes Gebot der freien Gewerkschaften, durch eine geeinte Arbeiterschaft diese Maßnahmen zu bekämpfen, die vereinigten geistigen Reaktionen zunichte zu machen. Wohlbedienter Beifall belohnte den Redner für seine vortrefflichen Ausführungen. An der Aussprache beteiligten sich Weikard, Reindorf, Lepert, M. Cohn, Bolliger und Stoll. Im Schlußwort setzte sich Dr. Wiedwald mit den Debattierenden auseinander. Die amerikanische Wirtschaft sei mit der europäischen nicht im entzweiten Falle zu vergleichen. Es wird auch ferner in der Rationalisierung ohne Facharbeiter nicht auszukommen sein. Paritätisch müsse die Berufsausbildung des Nachwuchses erfolgen und überwacht werden. Geflohenheit gegen die geistige Gefahr, die unsrer Jugend und der gesamten Arbeiterbewegung drohen. Für seinen Vortrag wurde Dr. Wiedwald noch besonders der Dank der Versammlung durch Kollegen Ruhnke ausgesprochen. Unter dem nächsten Tagesordnungspunkt wurden folgende Anträge des Vorstandes behandelt: a) Veränderung in der Gruppierung des Gausbeitrages; b) Bewilligung für die Witwenhilfe; c) Neuregelung der Mitgliedschaft; d) Neueinführung der Vorauszahlung der Beiträge; e) Abänderung der Revisionsordnung. Die Anträge des Vorstandes unter a, b, d, e wurden mit großer Mehrheit beschlossen, während der Antrag c abgelehnt, dagegen ein Antrag der Erwerbslosen mit 132 gegen 105 Stimmen angenommen wurde. An der Aussprache über die genannten Anträge beteiligten sich die Kollegen Freine, Groh, Kauter, Lodner, Goede, Kranz. Die wieder aufgenommenen Mitteilungen veranlaßten Kollegen Goede, über das Restantenunwesen zu klagen. Er verlangte Ausschluß aller Kollegen, die mehr als sechs Felle haben, und tügte die große Rücksichtnahme des Vorstandes. Kollege Ruhnke forderte, daß die übrigen Kollegen auf die Restanten einwirken und sich die Großbetriebe als Vorbild nehmen sollten. Es sprachen hierzu noch Bolliger, Kunkler, Kauter, Schaadt, Lodner, Goede und Ruhnke. Kollege Lepert bemängelte, daß die Ausbildung seitens der Berufsgenossenschaft durch das rote Kreuz und nicht durch den Arbeiteramateurbund geschehe. Die Kollegen Weikard und Lepert brachten sodann die Lohnforderungen nochmals zur Sprache, als deren Entgelt sie folgenden Antrag einreichten: „Die Generalversammlung beschließt, daß, sobald das Resultat der im Gange befindlichen Lohnverhandlungen vorliegt, innerhalb drei Tagen eine Versammlung anberaumt wird, um zur Lage umgehend Stellung zu nehmen.“ Es sprachen hierzu Goede, Cohn, Lepert, Weikard, Ruhnke, Kranz, Freine und Ruhnke, der im Namen des Vorstandes versprach, daß die Versammlung einberufen wird, sobald ein Resultat vorliegt.

Leipzig. (Korrekturen.) In unsrer Novemberversammlung nahen nach erfolgter Aufnahme von sechs neuen Mitgliedern, wodurch wir in Bezug auf die Mitgliederzahl an die Spitze sämtlicher Korrekturenvereine im Verbandsverband sind, Herr Dr. phil. Hoffmann-Kutschke (Halle a. S.) das Wort zu seinem Vortrag: „Rasse, Volk, Familie in Gegenwart und Zukunft“. Die Ausführungen des Vortragenden fanden, soweit sie sich in streng wissenschaftlichem Rahmen bewegten, ungeteilten Beifall der gastreichen Zuhörer. In ihrer Ausdehnung auf die Gegenwart ließ der Vortragende mit seinen Schlußfolgerungen allerdings auf den Widerspruch der Versammelten. Die überflüssige der örtlichen Veranlassungen veranlaßten den Vorstand, der Versammlung Vor schläge über einen zweckentsprechenden Abbau zu unterbreiten, um den übrigen Sparten mit gutem Beispiel voranzugehen. Den Gewinn hiervon dürften zweifellos die Gaueranstaltungen haben. Aus der Mitte der Versammlung wurde der Bewunderung Ausdruck gegeben, daß das Vredrecht für Leipzig noch immer von Nichtschleuten bei einem Tagesverdienst von 4,50 M. gelesen werde. Dem Vorstand wurde anheimgegeben, im Einvernehmen mit dem Gavorstand die tariflichen Voraussetzungen für die Beschäftigung von Fachleuten nachzuprüfen. Berichte über innere Angelegenheiten des Vereins bildeten den Schluß der anregend verlaufenen Versammlung.

Bezirkt Oberhausen. Am 23. Oktober hielt unsre Bezirksverein in Hiberna am Riß seine aufbesuchte Versammlung ab. Vorsitzender Klein (Stuttgart) als Referent. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung den Kollegen Fritsch (Friedrichshafen) für seine 50jährige Verbandszugehörigkeit durch anerkennende Worte des Vorsitzenden und eine schöne Festgabe. Kassierer Dhwald erstattete den Kassenbericht, der gutgeheißen wurde. Nummern begriffte der Vorsitzende des Ortsvereins Hiberna die vielen Kollegen des Bezirks, ihnen frohe Stunden in schönen Ristädchen wünschend. Kollege Klein sprach hierauf über das Thema „Die Gewerkschaften in Staat und Wirtschaft“. Trotz der vielen Zahlen und statistischen Angaben entwarf er in durchaus klarer und weitauholender Form ein Bild der heutigen Wirtschaftslage und verstand überzeugend darzulegen, daß in den gegenwärtigen und namentlich zukünftigen Wirtschaftskämpfen gegen die immer mächtiger werdenden Trusts und Syndikate nur eine einzige, fest zusammengefloßene Arbeiterschaft siegen könne. Reicher Beifall folgte dem vortrefflichen Referat. Die darauf folgenden Situationsberichte aus den angeschlossenen Mitgliedschaften ergaben zusammengefaßt ein im ganzen befriedigendes Bild; beanstandet wurde nur die aufs äußerste ausgenützte Lehrlingskala und deren Überschreitung. Kollege Klein versprach jedoch, in dieser Hinsicht im Verein mit den Kollegen der betreffenden Orte Abhilfe schaffen zu wollen. Als Ort der nächsten Frühjahrsbereichsversammlung wurde nach kurzer Debatte Sankgau gewählt. Unter „Verschiedenes“ forderten Bezirksreferent Lühbold und Bezirksvorsteher Klein in dem Bescheid der „Prella“ in Köln auf. Es wurde die Gründung von Reifeparkassen

empfohlen. Mit einem brausenden Hoch auf unsern stolzen Verband und dem Abhängen des Typographisches konnte der Versammlungsflecker die harmonisch verlaufene Betriebsversammlung schließen. — Nach dem gemeinsamen Mittagessen, das alleits befriedigte, war gefellige Unterhaltung, veranstaltet vom Ortsverein Biberach, wobei auch die Nachmittagsvollversammlung zu ihrem Recht kamen. Leider mußten viele Kollegen wegen des Nachmittages allzufühn die gastliche Stätte verlassen, während der Rest noch später ganz inoffiziell eine echt buchdruckerliche Feiers- und Abschiedsstimmung heraufbeschwor, die den anwesenden Kollegen und Kollegenfrauen noch lange in Erinnerung bleiben dürfte. Der Bezirk zählt zurzeit 132 Mitglieder. Er könnte noch größer sein, wenn sich im benachbarten Nigau (Kempten und Isau) die dort stehenden Kollegen endlich dem Verband anschließen würden. Der Mitgliedschaft Biberach für freundlichen Empfang und Anbringung nochmals besten Dank. Auf vollständiges Wiedersehen im Frühjahr in Saulgau!

r. Regensburg. (M a s c h i n e n s e h e r.) Der Bezirksverein Regensburg der Bayerischen Maschinensehervereingung hatte für den 6. November eine V e r s a m m l u n g einberufen. Wenn auch bisher bei allen Versammlungen stets guter Besuch zu verzeichnen war, so übertraf der diesmalige Besuch doch alle Erwartungen — es fehlten nur acht Mitglieder. (Einige Kollegen kamen schon am Vorabend, um das Stiftungsfest der „Typographia“ mitzufeiern.) Nach dem üblichen „Gefäßlichen“ erstattete Kollege Strobel (München) ein ausführliches Referat über das Berechnen des Maschinenjahres bei Kontrolle. Seit kurzem ist in einer Druckerlei des Bezirks für die Maschinenseher die Kontrolle eingeführt. Dem Referenten wurden vorher Spaltenabzüge eingehändigt, die dieser „einschätzte“ und der Veranlassung mit Erläuterungen vorlegte. Da dies der erste Fall ist, daß im Bezirk Kontrolle eingeführt wurde, fand diese Angelegenheit allgemeines Interesse, das in der Diskussion lebhaft zum Ausdruck kam. Die Prinzipale rechnen meistens nur mit den „6000“, ohne die vielen Sachhindernisse, wie Spaltenränder, Einfallränder (Halbfett), Ziffern, Einführer usw. und besonders das „nicht fließend lesbare“ Manuskript in Betracht zu ziehen. Es wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, es möchte im Tarif eine Norm festgelegt werden, wie viel Buchstaben für alle die Sachhindernisse bei einer Kontrolle von den „6000“ (gemeint ist in diesem Falle die Linotype) in Abzug gebracht werden können. Selbstverständlich in gleichem Maße auch für die anderen Systeme. Dem Referenten sei auch noch an dieser Stelle Dank gesagt. Vom Kollegen Strobel wurden die Kollegen ermahnt, streng darauf zu sehen, wer an die Sechsmaschine kommt. Es ist in diesem Bezirk vorgekommen, daß ein Nichtbuchdrucker in die Seherkategorie nach Berlin geschickt wurde. Die Sache wurde rechtzeitig bemerkt, so daß unsere Anklagen die nötigen Schritte unternehmen konnten. Der Versammlung voraus ging eine Besichtigung der Intertypen in der Firma Pustet hier. Kollege Strobel gab einiges Allgemeines über diese neue Maschine bekannt; Kollege Schindler erläuterte die verschiedenen Neuerungen und Verbesserungen, die an der Intertypen angebracht sind; er verhielt, daß dadurch das Sehen an dieser Maschine angenehmer sei. Die Teilnehmer zeigten das größte Interesse, am liebsten hätte gleich jeder selbst das Sehen probiert. Die Vorführung fand in zwei Abteilungen statt; die hierzu festgesetzte Zeit war leider zu kurz. Der Firma Pustet sei für ihr Entgegenkommen bestens gedankt.

Schwern i. M. (M a s c h i n e n s e h e r.) Am 6. November fand hier die Herbstvertikalsversammlung unserer Vereinigung Mecklenburg-Vorpommern statt. Morgens 9 1/2 Uhr wurden die auswärtigen Delegierten am Bahnhof empfangen; um 10 Uhr wurde die auch von den Schwerner Kollegen gutbesuchte Versammlung eröffnet. Als Gäste nahmen Gausvorsteher Dahnde und Ortsvereinsvorsitzender Kopisch daran teil. Der Kassenbericht vom dritten Vierteljahr ergab einen Kassenbestand von 199,24 M. Unsere Mitgliederzahl im Gau beträgt 132. Bei den Berichten der einzelnen Ortsgruppen war im allgemeinen festzustellen, daß die Beschäftigung ganz gut ist. Die größte Ortsgruppe ist Lübeck, sie hat bereits 50 Mitglieder. Die beiden Kollegen in Wagdeburg haben sich Lübeck angeschlossen. — Um 11 1/2 Uhr fand in den vollbesetzten „Apollo-Bildspielen“ die Vorführung des Linotype-Werksfilms der Wergenthaler Sechsmaschinenfabrik statt, zu dem der Vertreter der Fabrik, Herr S u p e, einen erläuternden Vortrag hielt. Der Film fand den vollen Beifall aller Anwesenden. Der Wergenthaler Sechsmaschinenfabrik sei auch an dieser Stelle unser Dank ausgesprochen. — Nach einem gemeinsamen Mittagessen wurde die Versammlung fortgesetzt. Als Ort der nächsten Versammlung wurde Rostock gewählt. Dann folgte der interessante Bericht des Vorsitzenden B a r t e l s von der Hamburger Maschinenseherversammlung über den Vortrag des Leipziger Kollegen G e r m e r. An Hand von Bildern, die in der Versammlung aukturierten, erklärte der Vorsitzende die Berechnung von Satzproben. Den anwesenden Kubikaren, die bereits seit 25 Jahren an der Maschine arbeiten, sprach der Vorsitzende den Glückwunsch der Vereinigung aus.

Stuttgart. Eine Versammlung der Funktionäre aller Betriebe am 24. Oktober war erfreulicherweise reiflos besucht. Die Tagesordnungspunkte „Berichtsmittelungen“ und „Die Wahlen zum Ausschuss der Ortskrankenkasse“ fanden rasche Erledigung. Folgende Entscheidung fand einstimmige Annahme: „Der am 2. März 1927 gefällte Schiedsspruch, welcher am 1. Oktober in der Spitz unserm Gau eine Lohnerhöhung von 98 Pf. brachte, ist in keiner Weise ein Ausgleich gegenüber der Leistung. Das Ausmaß der Zulage wurde von der Kollegenchaft seinerzeit schon als ungenügend betrachtet. Der Verbandsvorstand wird ersucht, die nötigen Schritte einzuleiten, um die wirtschaftliche Not der Kollegenchaft zu mildern.“ Bei der Aussprache stellte ein Kollege eine Anfrage dahin, ob es dem Gausvorstand bekannt sei, daß die Stuttgarter Faktoren nach Arbeitsfluß in der Sechsmaschinenfabrik an der Maschine angeleitet werden. Er gab der Befürchtung Ausdruck, dies geschähe deshalb, um im Ernstfall Hausverdienste leisten zu können. Kollege Klei n bejahte die Frage. Bei dem kurzen Anlernen werden wohl kein Mißbrauch getrieben werden können. Er begrüßte vielmehr den

Reiseifer. Damit werde in Zukunft vielleicht manche Unstimmigkeit zwischen Faktor und Maschinenseherfolgen vermieden werden, wenn sich die Herren einige Kenntnisse aneignen vom Sollen und Können an der Sechsmaschine. Der dritte Punkt fand eine dankbare Zustimmung. In seinem Vortrag „Probleme der Gewerkschaftspolitik“ fand der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, A. B r a n d e s, die richtigen Worte, um die Zuhörer in eben diese Probleme einzunehmen. Er forderte zum Schluß ein Hand-in-Hand-Arbeiten der Gewerkschaften, um zum Aufstieg zu gelangen. — Am 12. November weihte Kollege G r a h m a n n in unser Mitte. Nach der Begrüßung durch Kollegen K l e i n und durch unsere Sängerkollegen mit zwei prächtig vorgetragenen Chören sprach er anderthalb Stunden. Der dichtbesetzte Saal und die lautlose Stille zeigten, daß das Vortragsstema „Rückblick auf den Internationalen Gewerkschaftskongress in Paris“ reges Interesse wachrief. Dem Redner gelang es, tiefen Einblick in die Vorgänge der internationalen Gewerkschaftsarbeit zu vermitteln. Auch die Schwierigkeiten, mit denen auf dem Kongress verhandelt werden mußte, fanden die richtige Würdigung. Die Entwicklung des Kapitals zu internationalen Trübs und Karikaturen der Arbeiterchaft die Wege zum Zusammenfluß klar und deutlich vor. Ferner fanden die Zusammenhänge in der Weltwirtschaft mit all ihren Folgeerscheinungen durch den Redner leichtverständliche Darlegung. Die Kampfesweise der Moskauer Internationale wurde durch Zitate aus der russischen Gewerkschafts- und Parteipresse belegt. Stürmischer Beifall be-

**Vor jedem Konditionswechsel s y n d r e c h t z e i t i g
E r f u n d i n g e n b e i m z u s t ä n d i g e n
G a u v o r s t e h e r e i n z u z i e h e n !**

**Wer diese statutarische Pflicht unbeachtet läßt, der
schädigt die Interessen der Organisation und sich
selber, denn er hat die Folgen zu tragen!**

**(Siehe Druckortverzeichnis in den Verbands-
s a g u n g e n a u f d e n S e i t e n 4 7 b i s 6 4.)**

wies, daß es Kollege G r a h m a n n gelungen war, die Zuhörer zu fesseln und zu überzeugen. In der Aussprache suchte ein Vertreter der Opposition für seine und von seinen Idealen zu retten, was zu retten war. Durch gemäßigte Sprache zeigte er, daß die bessere Einsicht auch bei seiner Sparte auf dem Marsche ist. Kollege G r a h m a n n blieb somit wenig mehr übrig, um in Schlüsselwort die bisher-eingehaltene Taktik des Internationalen Gewerkschaftsbundes als den richtigen Weg für uns Gewerkschaftler zum Aufstieg zu kennzeichnen. Kollege K l e i n dankte dem Redner und den zahlreich Erschienenen mit der Bitte um letztere um gleich guten Besuch der Dezemberversammlung. In dieser werde Professor N i t t i n g (Kronfurt a. M.) Referat halten.

Bismarck. (M e d.) — **Unser Druckscheinverwalter**, am 12. November einen E t i c e n a b e h e r i c h t e n A u s s a g e z u dieser Veranstaltung geht zurück auf die **Wiederkehr des Jungbuchdrucker im Frühjahr**. Diese Würdig und würdigungsvoll verlaufene Feier ließ den Wunsch offen, ähnliche Feiern zu arrangieren. Die Anregung des Vorstandes, den Eltern der Lehrlinge einen Einblick in die Jugendabteilung unsres Verbandes zu bieten, fand daher Zustimmung. Und im voraus sei es gesagt: Der Abend hat seinen Zweck in vollem Maße erfüllt. Die Eltern der Lehrlinge waren fast alle erschienen (nur zwei waren verhindert), ein Zeichen, daß ein Verlangen nach Aufklärung über unser Wirken an dem Nachwuchs vorhanden ist. Diese Aufklärung gab in längeren Ausführungen Gausvorsteher D a h n d e (Schwern), der in Vertretung des Gauschreibersleiters das Referat übernommen hatte. Ausgehend von den ersten Bemühungen um die Regelung des Lehrlingswesens, führte er die Föhrer über die allmählichen Erfolge in den Vorkriegsjahren bis zum Tiefstand im gesamten Gewerbe während der Kriegsjahre zu den jetzigen Verhältnissen. Gemeinsame buchdruckerliche Nieder westlichen mit Kongressnamen des Arbeiter-Mandolinenklubs. Geboten wurden ferner Regitationen von den Jungbuchdruckern. Auf diese Art war der Abend umrahmt, so daß bald eine harmonische Stimmung vorhanden war. Dem Abend wird die nachhaltige Wirkung zum Wohle unsres Nachwuchses nicht fehlen.

Allgemeine Rundschau

Im Dienste der Allgemeinheit. Kollege W i l h e l m C h r i s t m a n n, Vorsitzender der Ortskrankenkasse in Lahr, konnte, wie uns von dort mitgeteilt wird, am 1. Dezember auf eine 25jährige Tätigkeit als Vorstandsmittglied der Ortskrankenkasse zurückblicken. Seit sechs Jahren versteht er das Amt des ersten Vorsitzenden und gehört seit dieser Zeit auch dem Vorstand der Freien Vereinigung badischer Krankenkassen an. Wir gratulieren dem Kollegen Christmann als Vorsitzender des Arbeiterkassenvereins beglückwünschen, auch an dieser Stelle und wünschen, daß er noch lange zum Wohle der Kasse und der Versicherten wirken möge.

Gustav Krüger. In Wagdeburg hat in einem Anfall neuerlicher Niedergelassenheit der frühere dortige Kollegepräsident Gustav Krüger seinem Leben ein Ziel gesetzt. Der aus unsern Reihen hervorgegangene stammte aus Thorn, wo er 1878 geboren wurde. Schon als junger Kollege widmete er seine freie Zeit der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung. In den Jahren 1909 bis 1912 war er Arbeitersekretär in Dessau, überlebte in gleicher Stellung 1913 nach Bremerhaven und schließlich nach Wagdeburg. Bald nach Kriegsausbruch als Landsturmann eingesetzt, wurde er im Westen schwer verwundet. Nach während des Krieges gab er unter dem Titel „Der Sozialist an der Front“ gesammelte Feldpostbriefe heraus. Persönlicher Mut und reiche politische Erfahrung befähigten ihn, in dem schweren Frühjahr 1919 den Posten des Wagde-

burger Kollegepräsidenten zu übernehmen. Als solcher war er das Ziel scharfer Angriffe seiner politischen Gegner, die ihn schließlich 1925 veranlaßten, um Enthebung von seinem Amte und Einleitung eines Disziplinarverfahrens zu ersuchen. Die Einleitung eines solchen Verfahrens wurde abgesehen, weil keinerlei Verfehlungen vorlagen. In zahlreichen Prozessen hat Krüger gegen seine Angreifer gekämpft, und es gelang ihm endlich auch, den Haupturheber der gegen ihn gerichteten Beschuldigungen als einen von ihm entfernten Kollegepräsidenten zu entlarven. Dieser aufreibende Kampf hat Krügers Nerven, die durch seine schwere Verwundung ohnehin geschwächt waren, bis zur Unertügllichkeit belastet, was ihn schließlich veranlaßte, selbst Hand an sich zu legen. Der Verstorbenen hatte sich von Anfang an der Reichsbannerbewegung gewidmet, wurde 1925 Mitglied des Bundesvorstandes und war Hauptstiftsteller der „Illustrierten Reichsbannerzeitung“. Ein treuer Streiter war er auch für seine Schiffsanossen, die Kriegsbeschäftigten; er gehörte dem Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegsbeschäftigten an. Gustav Krüger war einer der vielen aus den Reihen der Buchdrucker, die an hervorragender Stelle ihr Bestes eingesetzt haben für die Arbeiterchaft.

Hermann Silber Schmidt. Am 3. Dezember verstarb in Berlin nach kurzem Krankenliege, eben 61jährig, der in der modernen Arbeiterbewegung allgemein bekannte Gewerkschaftler Hermann Silber Schmidt. Jahrzehntlang hat er an der Spitze der Berliner Maurerbewegung gestanden, und dem Bausewerkschaftsbund gehörte er bis zu seinem Tode als Vorstandsmittglied an. Im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund war Silber Schmidt einer der regsamsten und erfahrensten Mitarbeiter. Auch in der politischen Bewegung hat er stets tapfer seinen Mann gestanden. Als Reichstagsabgeordneter galt er als einer der sachkundigsten Wohnungspolitikern. Wo von den Besten der Arbeiterbewegung die Rede ist, da wird auch der Name des Verstorbenen ehrenvoll genannt werden.

Gesorgeliet. In Wreslau vergiftete sich ein 40jähriger verheirateter Kollege in seiner Wohnung durch Leuchtgas. Der Grund zu der Tat ist unbekannt.

Wieder ein Interatenstchwinder. In Waidenburg (Schles.) wurde ein Interatenstchwinder aus Hirschberg zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Er sammelte für eine vom Reklameverlag Deutscher Aufbau herauszugebende Zeitschrift „Wiederaufbau“ Inserate. Einen Teil der Beträge kassierte er sofort und ließ die Handwerkermeister, die er sich für den „Wiederaufbau“ ansuchte, in dem Glauben, damit seien die angegebenen Inserate bezahlt. Später erhielten die Auftraggeber gefälschte Rechnungen, und sie zeigten den Reklameverlag wegen Betruges an.

Das Abkommen für die Zigarettenindustrie. In unsern letzten Nummer haben wir bereits das Ergebnis der nach 22tägigen ununterbrochenen Verhandlungen zustandekommenen Vereinbarung zur Beilegung des Kampfes in der Zigarettenindustrie kurz mitgeteilt. Die einzelnen Punkte der Vereinbarung belangen, daß die betriebsseitigen Kampfmaßnahmen sofort aufgehoben werden. Die Arbeit ist möglichst sofort wieder aufzunehmen. Die Wiedereinstellung erfolgt im Besonderen mit der geistlichen Betriebsvertretung so rasch, wie die Betriebsverhältnisse es irgend gestatten. Maßnahmen sünden bedenklich nicht fast. Das Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen. Etwas aufstehende Streitigkeiten sind durch die tariflichen Schlichtungsinstitutionen für beide Teile endgültig und bindend zu entscheiden. Der bisher geltende Reichstarifvertrag vom 12. April 1927 und die bisher geltenden Bezirkstarifverträge gelten bis 31. März 1929 weiter und sind mit zweimonatiger Frist erstmalig zu diesem Zeitpunkt kündbar. Die vereinbarten Löhne können mit einer Frist von sechs Wochen erstmalig zum 31. März 1929 geändert werden. Die bisherigen Lohnsätze erhöhen sich ab 1. März 1928 um 12. Proz., für die Bezirke Hamburg und Bremen um 10 Proz. Auf Anlaß einer Tarifvertragspartei kann unter Berücksichtigung der ab 1. März 1928 eintretenden Lohnsteigerung ab 1. Oktober 1928 eine Nachprüfung darüber stattfinden, ob eine wesentliche Änderung der Lebenshaltungskosten eingetreten ist, die einen Ausgleich der Löhne erfordert. Hierüber entscheiden bindend nach Anhörung der Parteien drei Unparteiische, die der Reichsarbeitsmittler ernannt. Der Urlaub beträgt anstatt vier aufeinanderfolgende Arbeitstage sechs aufeinanderfolgende Arbeitstage. Beengleich das erzielte Ergebnis auch hinter den aufgestellten Forderungen der Arbeiterchaft wesentlich zurückbleibt, namentlich hinsichtlich des Inkrafttretens der erhöhten Löhne, so sind doch auch die Unternehmer noch weit weniger auf ihre Rechnung gekommen. Denn ihre Absicht, den Tabakarbeiterverband nachzuknüpfen, ist nicht nur nicht verwirklicht, sondern sie mußten sich vor dem Ablauf des Tarifvertrags zu materiellen und ideellen Zuständnissen bequemen, an die sie bei dem Verhängen der stufenlosen Ausparnung nie und nimmer gedacht haben werden.

Baugenossenschaftsverbands und Demog-Tagung in Hamburg. Am 10. und 11. Dezember findet in Hamburg der Verbandstag des Neuwissensverbandes der gemeinnützigen Baugenossenschaften e. V., Demog-Neuwissensvereinigung, und eine große öffentliche Demog-Tagung statt. Wir dürfen wohl voraussetzen, daß unsern Lesern die Demog, Deutsche Wohnungsfürsorge A.-G. für Arbeiter, Angestellte und Beamte, Berlin, als freigewerkschaftliche Zentralkasse für den Kleinwohnungsbaun bekannt ist. Der Neuwissensverband umfaßt die aus den Kreisen der Arbeiter und Angestellten gegründeten gemeinnützigen Baugenossenschaften und erstreckt sein Tätigkeitsgebiet über das ganze Reich. Dieser Tagung kommt deshalb für die Kreise der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter erhöhtes Interesse zu, ungeachtet der großen Bedeutung der Wohnungsfrage in Deutschland. Auf der Tagesordnung steht, neben Verhandlungen über organisatorische Fragen, vor allem eine große öffentliche Kundgebung, in der Architekt A. Klement (Hamburg) einen Vortrag mit Bildern über die norddeutschen Kleinwohnungsbaun hält. Am Nachmittag des 11. Dezember schließlich dann eine gemeinsame Besichtigung der Hamburger, Wandbeker und Altonaer Siedlungsbaun an.

Zur Frage der Revisionsverfahren. Ein bemerkenswertes Urteil fällt das Arbeitsgericht Berlin über die Erstellung von Revisionsverfahren. Ein Angestellter war nach längerer Dienstzeit entlassen worden. In seinem Zeugnis hatte ihm die Firma bestätigt, daß sie mit seiner Führung und seinen

